

Kurzmeldungen 12/24 - 4/25

Eklat im Weißen Haus: Trump und Selenskyj brechen Treffen ab

Nach einem beispiellosen Streit vor laufenden Kameras haben US-Präsident Trump und sein ukrainischer Kollege Selenskyj ihr Treffen in Washington abgebrochen. Zuvor hatte Trump Selenskyj mit Vorwürfen überzogen. Dieser riskiere einen Dritten Weltkrieg. "Wenn Sie unsere Militärausrüstung nicht hätten, wäre der Krieg nach zwei Wochen zu Ende gewesen", sagte Trump unter anderem mit Blick auf den von Russland 2022 begonnen Angriffskrieg gegen die Ukraine. "Sie haben dankbar zu sein".

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-selenskyj-104.html> 28.2.25

Trump brüskiert Selensky und die NATO

Trump ordnete einen Stopp aller US-Militärhilfslieferungen an die Ukraine an, bis sich der ukrainische Präsident ausreichend bemühen werde, Friedensgespräche zu führen. In den letzten Wochen behauptete Trump fälschlicherweise sogar, die Ukraine habe den Ukraine-Krieg begonnen, obwohl Russland in das Land einmarschiert war. Die ausgesetzte US-Waffenhilfe wird sich laut Experten vor allem bei der Luftverteidigung bemerkbar machen. Jede Nacht greift Russland mit Drohnen und Raketen an.

Trump will mit transnationalen Abkommen die strategischen Allianzen der USA ersetzen. Er wollte mit Putin einen Deal abschließen. Trump will sich als Sieger inszenieren. Er will seinen Moment vor den Kameras haben. Trump versucht die Welt in imperialistischer Manier in Einflußsphären aufzuteilen, statt sich auf liberale Ordnungsvorstellungen und verpflichtende Normen festzulegen. Die USA erwartet nun für ihren Schutz eine Gegenleistung. Die Menschenrechte sollen keine handlungsleitende Kraft mehr sein. Drei Jahre nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine kündigte J.D. Vance in einer Rede die transatlantische Sicherheitsarchitektur auf, die Europa 80 Jahre getragen hat. Die Trump-Administration will die gewachsenen Institutionen sprengen, damit eine kleine Gruppe von Reichen die ganze Macht hat. Das sind Leute, deren Verständnis von der Welt von Online-Verschwörungstheorien kommt. Sie basieren nicht auf der Realität. Und sie sind skeptisch gegenüber Wissenschaft.

Die Ideen der liberalen Verfassung der USA kamen ursprünglich aus dem Calvinismus und dem Patriotismus für die Freiheit. Nach dem langen Bürgerkrieg entstand in den USA ein Bewußtsein für ein kollektives Recht auf bewaffnete Notwehr.

Putin sieht die Ukraine als unrechtmäßigen Staat an, den er auslöschen will. Wenn die Ukraine fallen würde oder die Ukraine kollabieren würde, ist das nächste, was befürchtet würde, ein Vorstoß Russlands auf Polen und Deutschland. Großbritannien erlebt große Cyber-Bedrohungen aus Russland. Russland verkauft immer noch Öl und Gas in die ganze Welt. Wir haben uns vor den schwierigeren Entscheidungen gedrückt, die den Krieg früher hätten beenden können. Beim Putinismus ging es immer darum, daß eine oligarchische Gruppe den Staat vereinnahmt und die staatlichen Mittel zur eigenen Bereicherung und zur Unterdrückung der Menschen nutzt.

Quelle: Anne Applebaum

<https://www.youtube.com/watch?v=WsBKxgOFSLg&t=787s> 25.2.25

<https://www.youtube.com/watch?v=0y1n4CsElfc> 23.2.25

<https://www.schwaebische.de/politik/jd-vance-die-rede-im-wortlaut-3335105> 16.2.25

Analyse von BND und Bundeswehr

BND und Bundeswehr warnen vor der Gefahr eines russischen Angriffs auf das NATO-Territorium. In deren Bericht heißt es, Russland schaffe bis zum Ende der Dekade wohl

alle Voraussetzungen, einen "großmaßstäblichen konventionellen Krieg" führen zu können. Der Konflikt mit Moskau werde sich ausweiten und könne lange andauern. Russland sehe sich in einem Systemkonflikt mit dem Westen und sei bereit, seine imperialistischen Ziele mit militärischer Gewalt umzusetzen, und zwar über die Ukraine hinaus. Derzeit liegen aber keine Hinweise auf eine "unmittelbar bevorstehende russische Konfrontation mit der NATO" vor.

In Russland steigt das Produktionsvolumen von Artilleriegranaten, Raketen und anderen wichtigen Munitionskategorien von Jahr zu Jahr. Die Militärausgaben des Kreml liegen 2025 bei rund 120 Milliarden Euro. Die von Russland betriebene Kriegswirtschaft produziere jetzt mehr, als für den Krieg gegen die Ukraine benötigt werde. Putin habe zudem angeordnet, bis 2026 bis zu 1,5 Millionen weitere Soldaten zu rekrutieren. Carsten Breuer, der Generalinspekteur der Bundeswehr sagte: Russland rüste weiter auf. Das Ende des Ukraine-Kriegs werde nicht dazu führen, daß "wir wieder Frieden auf dem europäischen Kontinent haben." Carlo Masala, Professor an der Bundeswehr-Universität in München sagte: "Russland bereitet sich auf einen großen Krieg vor."

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-bedrohung-nato-100.html>
27.3.25

Nach dem Plan "ReArm Europe" von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollen die Mitgliedsstaaten und Großbritannien in den nächsten 5 Jahren mit einem 800-Milliarden-Euro-Programm aufrüsten, um verteidigungsfähig zu sein. Österreich, das nicht in der NATO ist, will die Möglichkeit nutzen, um gemeinsam Waffen zu beschaffen. Madrid dagegen, das von Moskau weiter entfernt ist, steht den Plänen eher skeptisch gegenüber.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-gipfel-bruessel-verteidigung-100.html>
21.3.25

Ondrej Ditrych ist Senior Analyst am European Union Institute for Security Studies (EUISS) und sagt: Der Begriff „Sicherheitsarchitektur“ taucht immer dann in der öffentlichen Debatte auf, wenn es eine Krise gibt, etwa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Infolge des Krieges in Georgien 2009 und 2021 legte Russland einen neuen Entwurf für eine Sicherheitsordnung vor. Diese Episoden zeigen, wie Russland die Idee der Architektur instrumentalisierte, um konstruktiv zu erscheinen, während es gleichzeitig Grundprinzipien verletzte.

Eine Sicherheitsarchitektur ist kein festes Gebilde, sondern hat eine dynamische Struktur. Ab etwa 2014 gab es neue Initiativen für eine gemeinsame Verteidigung, beispielsweise die Pesco, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit. All dies blieb zunächst begrenzt, markierte aber einen Paradigmenwechsel. Frankreich verfolgt seit langem das Ziel der strategischen Autonomie und bemühte sich zu diesem Zeitpunkt, diese auf die EU-Ebene zu übertragen. Andere Staaten setzten jedoch weiterhin stärker auf die Nato.

Die Annexion der Krim war ein klarer Verstoß gegen die UN-Charta und gegen die Verpflichtungen Russlands innerhalb der OSZE. Die gewaltsame Verschiebung von Grenzen ist ein grundlegender Verstoß gegen die Grundlagen der europäischen Ordnung. Die Aggression wurde auch im Donbass fortgesetzt. Das Ausmaß der Bedrohung wurde aber noch nicht von allen als systemisch wahrgenommen. Dazu bedurfte es erst des umfassenden Krieges von 2022.

Von dem nun beschlossenen Rüstungsprogramm in Höhe von 800 Milliarden Euro sind ein Anteil von etwa 150 Milliarden Euro neue Kredite der Mitgliedsstaaten. Der Rest stammt aus zusätzlichen Schulden: Die EU-Kommission erlaubt den Mitgliedstaaten, ihre Schuldenobergrenzen zu überschreiten, indem sie die sogenannte nationale

Ausweichklausel aussetzt, wenn sie mehr in Verteidigung investieren. Nicht ausgegebene Mittel aus dem Kohäsionsfonds können nun auch für verteidigungsbezogene Zwecke verwendet werden.

Unter einer europäischen Armee werden oft unterschiedliche Dinge verstanden. Einige denken an eine einsatzbereite gemeinsame Task Force – also eine Art europäisches Expeditionskontingent, das schnell auf Krisen reagieren kann. Andere sprechen jedoch von einer engeren militärischen Zusammenarbeit, wie wir sie bereits in der Nato haben. Es gäbe dann vielleicht keine einheitliche Armee, aber gemeinsame Standards, regelmäßige gemeinsame Übungen und eine gewisse Interoperabilität der Streitkräfte, die Fähigkeit, effektiv zusammenzuarbeiten und auch Operationen durchzuführen – also militärische Hauptquartiere zu betreiben. Bislang verfügt die EU über keine Kommandostruktur für sogenannte "exekutive" Militäroperationen.

Weder die EU-Mitgliedstaaten noch enge Partner wie Großbritannien oder Norwegen kommen derzeit ohne die Unterstützung der USA aus. Es fehlen wichtige Fähigkeiten – zum Beispiel in der Aufklärung, im Lufttransport oder im Nachrichtendienst. Die EU plus Großbritannien, Norwegen und andere werden schrittweise eine eigene Abschreckungsfähigkeit aufbauen müssen.

Einerseits müssen wir unsere Fähigkeiten stärken, andererseits müssen wir die Zusammenarbeit mit den USA dort fortsetzen, wo es möglich ist. Bei vielen Fähigkeiten wie Frühwarnsystemen oder bestimmten Technologien sind wir von den Vereinigten Staaten abhängig. Deshalb ist es wichtig, die Beziehungen nicht zu beschädigen, und gleichzeitig unsere eigenen Strukturen auszubauen.

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/800-milliarden-ruestung-experte-zeigt-zahl-irre-fuehrt-40888654> 20.4.25

Trumps Strategie

Während Trump in seiner ersten Amtszeit noch gelegentlichen Widerstand aus den eigenen Reihen erfuhr, hat er sich die Republikanische Partei längst untertan gemacht. Man hat dieses Mal schon Monate zuvor damit begonnen, loyales Personal zu rekrutieren. Möglicherweise wird Trump auch die verfassungsrechtlich zweifelhafte Exekutivanordnung „Schedule F“ abermals erlassen. Das hatte er bereits in den letzten chaotischen Wochen seiner ersten Präsidentschaft getan, ohne daß dies noch wirklich Konsequenzen hatte. Durch „Schedule F“ würden weitere Zehntausende Stellen im Behördenapparat als „politische Ernennungen“ klassifiziert - und damit ebenfalls auswechselbar. Das würde es Trump ermöglichen, Washington mit seinen Gefolgsleuten zu fluten.

Der Architekt von „Schedule F“ war Russel Vought - ein bis dahin obskurer konservativer Intellektueller, der im Zuge der Personalrochaden der Trump-Jahre 2020 plötzlich zum Leiter des unterschätzten, aber enorm einflussreichen Office of Management and Budget (OMB) aufstieg. Nach dem Abschied aus dem Weißen Haus gründete Vought 2021 einen Thinktank, der mit anderen rechtskonservativen Denkfabriken das berüchtigte Regierungsmanifest „Project 2025“ verfasste. Es sollte die Leitlinien einer zweiten Amtszeit skizzieren. Ziel ist eine stärkere Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten zulasten des Kongresses, die Abschaffung ganzer Bundesbehörden wie des FBI sowie die direkte Kontrolle des Justizministeriums durch das Weiße Haus. Gerade Letzteres ist von großer Bedeutung, sollte Trump tatsächlich Ernst machen mit der Strafverfolgung seiner politischen Gegner.

Es geht um einen autoritären Staatsumbau nach dem erklärten Vorbild von Viktor Orbans Ungarn: eine „illiberale Demokratie“. In ihr finden zwar weiterhin freie Wahlen statt. Doch ist die Gewaltenteilung weitgehend aufgehoben, kritische Medien werden behindert, und das Wahlsystem ist ganz auf Orbans Partei Fidesz zugeschnitten. Am Ende ist die

„illiberale Demokratie“ keine wirkliche Demokratie mehr, weil die Spielregeln so geändert wurden, daß eine Partei langfristige strukturelle Mehrheitsfähigkeit erreicht hat. Immerhin ist es aber kein Zufall, daß in Trumps Lager gerade jetzt, im Augenblick des Triumphs, die Risse sichtbar werden - personifiziert etwa im Streit zwischen den Ethno-Nationalisten wie Steve Bannon und libertären Sozialdarwinisten wie Elon Musk. Im Grunde war Trumps Bewegung immer schon heterogen, ein Sammelbecken der Ressentiments und Kränkungen. Zusammengehalten wurde sie primär durch den Außendruck, die Überzeugung, zusammenstehen zu müssen im Angesicht eines vermeintlich übermächtigen Feindes.

Als sich in seiner ersten Amtszeit Steve Bannon zum Chefideologen des „Trumpismus“ aufschwingen wollte, hat Trump das instinktiv als Bedrohung seines Führungsstils erkannt und ihn aus seinem Orbit entfernt. Am Königshof kommen und gehen die Favoriten.

Quelle: FAZ, 20.1.25 „Farce oder Tragödie? Wie gefährlich kann Donald Trump als Präsident der Demokratie werden?“ von Prof. Torben Lütjen (Uni Flensburg)

Trump-Regierung friert Milliarden für Harvard ein

Im Streit über den von ihr verlangten Kurswechsel an Hochschulen friert die US-Regierung mehrjährige Zuschüsse in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar für die private Elite-Universität Harvard ein. Die Regierung hatte von der Universität mit Sitz in Cambridge im US-Bundesstaat Massachusetts mehrere Änderungen verlangt. So sollte die Universität ausländische Studenten bei Verstoß gegen Verhaltensregeln den Bundesbehörden melden, die Meinungsvielfalt unter Hochschülern und Uni-Personal überprüfen sowie die Zulassung von Studenten und die Einstellung von Mitarbeitern nach Diversitätskriterien beenden. Die Harvard-Leitung hatte die Forderungen zurückgewiesen.

Auch die propalästinensischen Proteste an Universitäten im vergangenen Jahr wegen des Gaza-Kriegs trafen auf Widerspruch. Die New Yorker Columbia-Universität hatte nach Drohungen aus Washington bereits Zugeständnisse gemacht.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-regierung-sperrt-harvard-mittel-100.html> 15.4.25

Syrien

Der Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad war das große Ziel. Dem Syrischen Netzwerk für Menschenrechte (SNHR) zufolge wurden allein seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 mehr als 15.000 Menschen durch Folter getötet. Nun sind die islamistischen Kämpfer in die Hauptstadt Damaskus eingedrungen und haben die Stadt für befreit erklärt - 13 Jahre nachdem der Bürgerkrieg gegen Assad begann. Die israelische Armee flog Angriffe in Syrien, um die militärischen Anlagen der Assad-Regierung zu zerstören.

Al-Dscholani ist der Anführer der Miliz Hajat Tahrir al-Scham (HTS), eines früheren Zweigs des Terrornetzwerks Al-Kaida in Syrien. Im März 2011, als die Revolte gegen Assads Regierung in Syrien begann, gründete er die Al-Nusra-Front - den syrischen Ableger von Al-Kaida, aus dem später die HTS hervorging. 2013 weigerte er sich, Abu Bakr-Baghdadi, dem späteren Emir des IS, die Treue zu schwören. Im Mai 2015 gab al-Dscholani an, dass er im Gegensatz zum IS nicht die Absicht habe, Anschläge gegen den Westen auszuführen.

Der Wissenschaftler Thomas Pierret von Frankreichs nationalem Forschungsinstitut CNRS nennt ihn einen "pragmatischen Radikalen". Geboren wurde Ahmed al-Scharaa, wie al-Dscholani mit bürgerlichem Namen heißt, in Saudi-Arabien. Seine Familie stammte

ursprünglich von den Golanhöhen. Im Irak schloss er sich Al-Kaida an und wurde in der Folge 5 Jahre lang inhaftiert.

Was er mit den kurdisch dominierten Aufständischen der SDF im Nordosten des Landes vorhat, muß sich erst noch zeigen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/syrien-milizenfuehrer-al-dscholani-100.html> , 8.12.24

[https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/syrien-hts-rebellen-jagen-assads-folterknechte-aktuelle-news-48098090?](https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/syrien-hts-rebellen-jagen-assads-folterknechte-aktuelle-news-48098090?utm_source=evalanche&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_Durchblick_OS&utm_content=30279457)

[utm_source=evalanche&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_Durchblick_OS&utm_content=30279457](https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/syrien-hts-rebellen-jagen-assads-folterknechte-aktuelle-news-48098090?utm_source=evalanche&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_Durchblick_OS&utm_content=30279457) dpa | 10.12.24

ÖDP-Klage beim Bundesverfassungsgericht

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) hatte am 20.11.24 einen Antrag auf einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Der Eil-Antrag bezog sich auf eine Organstreitigkeit, die ihren Ursprung im Jahr 2023 hat. Die ÖDP klagte damals gegen den Deutschen Bundestag, weil sie sich von der Neuregelung des Bundeswahlgesetzes im Bereich des Unterschriftensammelns noch stärker als bisher belastet sieht. Doch während zu den 7 anderen Klagen, die gegen das Bundeswahlgesetz 2023 eingereicht worden waren, bereits im Juli 2024 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts erging, ist einzig und allein die ÖDP-Klage bisher noch nicht entschieden worden.

Die ÖDP wies in ihrer Organklage nach, daß spätestens seit der Wahlrechts-Novelle 2023 die verfassungsrechtlichen Gründe für ein Unterschriftenquorum im Wahlkreis nicht mehr stichhaltig sind. Auch die Unterschriftenhürde für die Zulassung der Landeslisten ist zumindest von ihrer Höhe her unverhältnismäßig. Ihr Schutzzweck könnte genauso gut mit einer geringeren Hürde erreicht werden.

Die Organklage der ÖDP gegen Benachteiligungen bei der Wahlzulassung wurde vom Zweiten Senat zurückgewiesen. Wie schon in ihrer bisherigen Rechtsprechung betonten sie erneut den weiten Ermessungsspielraum des Gesetzgebers; dieser sei in ihren Augen nicht verpflichtet, niedrigere Unterschriftenquoten einzuführen.

Quelle: <https://www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/unterschriftensammlung-bei-vorgezogener-bundestags> 21.11.24

<https://www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/bundesverfassungsgericht-weist-klage-der-oedp-zu-u> 18.12.24

<https://www.oedp.de/themen/unterschriftenquoten>

Stromspeicher

Stromspeicher sind für den Umbau des Energiesystems langfristig wichtig. Aber Pumpspeicherwerke an der Talsperre Schmalwasser im Landkreis Gotha und in Höxter im Weserbergland und auch der Akkugroßspeicher in der Nähe von Anklam werden nicht gebaut, denn die Ausnahmeregelungen zur Befreiung von den Abgabenlasten und Netzentgelten auf den Strom sind zu bürokratisch. Die Belastung mache Speicher unrentabel, obwohl sie für die Energiewende dringend gebraucht würden.

Nach einer gerade vorgelegten Studie der RWTH Aachen wurden im vorigen Jahr rund 31.000 neue dezentrale Akkus installiert. Ihre Gesamtzahl bundesweit sei damit auf etwa 85.000 gestiegen. Jeder zweite Hauseigentümer, der sich eine neue Solaranlage kauft, nimmt inzwischen die Batterie gleich mit dazu. "Renditeerwartungen" spielten bei knapp der Hälfte der Investoren keine Rolle.

Der Akku kostet laut RWTH-Studie derzeit im Schnitt 10.000 Euro und verfügt über eine Kapazität von 8 kWh. Wobei sich die Preise seit 2013 nochmals halbiert haben. Sie liegen zurzeit bei 1.300 Euro/kWh, inklusive Mehrwertsteuer und der Elektronik für die Steuerung.

Diese kurzzeitigen Puffer sind sinnvoll, bis ein Anteil der Erneuerbaren im Strommix von etwa 80% erreicht ist. Wenn es darüber hinausgeht, sind Langzeitspeicher erforderlich.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/akkus-leer>

Agora Energiewende

Die Jahresauswertung von Agora Energiewende zeigt, bei der Stromerzeugung wurden die Emissionen in den letzten 34 Jahren halbiert, da Kohle- und Atomkraft stillgelegt wurden. 55% des Stroms werden jetzt mit erneuerbaren Energien erzeugt. Dadurch sinken die Großhandelspreise für Strom bereits um 20%. In Deutschland sind bis jetzt 100 GW Solarleistung installiert worden. Der Zubau von Windenergie findet noch viel zu langsam statt.

Drei Viertel der Gebäude werden mit fossilen Energien beheizt. Die Senkung der Emissionen ist bisher nicht gelungen. Die Sanierungsrate lag viel zu niedrig. Etwa die Hälfte der gesamten Gebäudefläche gehört zu den drei schlechtesten Energieeffizienzklassen. Der Wärmepumpenverkauf ist 2024 um 44% gesunken. Auch die Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmesektor stagnierte. Hier fehlen immer noch die nötigen Anreize. Die kommunale Wärmeplanung und die Schaffung von Wärmenetzen mit erneuerbaren Wärmequellen überfordert viele Kommunen.

Vor allem im Verkehr wurde nichts erreicht. Um die Strukturen im Verkehr zu verändern, bedarf es wesentlich höherer ökologischer Investitionen. Die Zahl der verkauften reinen E-Pkw müßte verfünffacht werden. Hinzu kommen seit Jahrzehnten fehlenden Investitionen in neue Batterietechnologien. Die öffentlichen Investitionen in die Schiene wurden erhöht, bis dies wegen der „Schuldenbremse“ wieder gestoppt wurde.

Zwischen 2025-2045 müssen jährlich hohe Summen in den Sektoren Gebäude und Verkehr investiert werden. Wir brauchen eine investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse. Die Langlebigkeit der Anlagen hat auch einen großen Einfluß auf die Rentabilität der Investitionen.

Die Flexibilisierung des Stromverbrauchs, den flexiblen Betrieb von Kraftwerken, die lokale Stromspeicherung, die lokale Vernetzung und die großtechnische Umwandlung von Energieüberschüssen in synthetische Gase erfordern neue Anreize für Investitionen. Neue Technologien, wie Solar-Thermische Kraftwerke, Erdwärme und Großwärmepumpen, Elektrolyseure und wirksame Speichertechnologien müssen finanziert werden. Die Vergütungen müssen genügend Anreize bieten, damit sie entsprechend den Anforderungen der Stromnetze europaweit systemdienlich geregelt werden.

Die angekündigten neuen Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 24 GW sollten weitestgehend durch Großbatterien und Unterwasser-Pumpspeicher ersetzt werden, um eine Verschwendung von Steuergeldern zu verhindern. Sie müssen nicht erst hochgefahren werden und haben den höchsten Wirkungsgrad.

Richtig wäre auch die Einführung unterschiedlicher Strompreiszonen in Deutschland, damit die Strompreiszonen, die teure Atomenergie nutzen wollen, diese dann auch selber bezahlen müssen. Lokale Strompreise bedeuten auch, daß neue Industrieinvestitionen vom lokalen Grünstromüberschuss profitieren können.

Die schnelle Einführung des Klimageldes pro Kopf ist dringend notwendig, sonst wird die Zustimmung zur Energiewende verloren gehen. Denn wer wenig fossile Energie verbraucht, bekommt mit dem Klimageld trotz der steigenden CO2-Kosten für Heizung und

Kraftstoffe unter dem Strich mehr Geld heraus. In anderen europäischen Ländern funktioniert das seit vielen Jahren.

Quelle: Agora-Energiewende, Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024
Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025

<https://www.agora-energiewende.de/publikationen/die-energiewende-in-deutschland-stand-der-dinge-2024#downloads>

Atomkraft in Frankreich

Das neue französische AKW in Flamanville produziert nun Strom, zwölf Jahre verspätet und viermal so teuer wie geplant. Der neue französische Atomreaktor in Flamanville am Ärmelkanal ist in Betrieb genommen worden.

Flamanville 3 ist der erste AKW-Neubau in Frankreich seit 25 Jahren, wobei die Anlage zwei Reaktoren aus den 1980er Jahren am selben Standort ergänzt. Sie ist mit 1.600 Megawatt Leistung größer als die Anlagen der bisherigen AKW-Flotte im Land und soll bei Vollbetrieb rund zwei Millionen Haushalte mit Strom versorgen können. Die volle Leistung soll im Sommer 2025 erreicht werden.

Frankreich produziert derzeit rund 65% seines Stroms mit Atomkraft, der neue Reaktor bringt die Gesamtleistung aller AKW auf 63.000 MW. Die jetzt in Flamanville fertiggestellte Anlage gehört zu einer Baulinie, die in den 1990er Jahren gemeinsam von dem französischen Reaktorbauer Framatome – später aufgegangen im Konzern Areva und dann in EDF – sowie dem deutschen Siemens-Konzern entwickelt wurde. Siemens stieg später aus dem Projekt aus. Es handelt sich um einen Druckwasser-Reaktor der dritten Generation, genannt European Pressurized Reactor (EPR), ausgelegt auf 60 Betriebsjahre. Der EPR soll sicher und zuverlässiger sein als die bisherigen Anlagentypen. Der EPR sollte Europas Nuklearindustrie nach einem starken Rückgang von AKW-Neubauten in den 1990er Jahren neuen Schwung geben. Baumängel, etwa am Reaktordeckel oder an den Schweißnähten, veränderte Konstruktionen, neue Sicherheitsanforderungen und Probleme in der Baustellenorganisation führten immer wieder zu Verzögerungen. Die Baukosten stiegen von ursprünglich veranschlagten 3,3 auf rund 13,2 Milliarden Euro.

2020 errechnete der französische Rechnungshof sogar eine Summe von 19,1 Milliarden Euro, was Fragen bezüglich der Rentabilität des Projekts aufwarf. Die Prüfer schätzten damals, daß der im EPR produzierte Strom 11-12ct/kWh kosten würde, etwa doppelt so viel wie in den bisherigen AKWs und auch mehr als in Windparks und Solarkraftwerken. Bisher gibt es nur fünf weitere Projekte dieses Typs, zwei in China (Standort Taishan), eines in Finnland (Olkiluoto) und zwei in Großbritannien (Hinkley Point).

Beim seit 2023 am Netz befindlichen Reaktor in Olkiluoto traten ebenfalls drastische Überschreitungen von Bauzeit und Kosten auf, beim noch nicht fertiggestellten AKW Hinkley Point C droht Ähnliches. Bei den zwei Anlagen in Taishan, die bereits seit 2018 und 2019 laufen, waren die Probleme weniger gravierend. Allerdings mussten an Block 1 Wartungsarbeiten ausgeführt werden, die ein Jahr dauerten.

Um die Kosten dafür auf die Bürger abzuwälzen, betreibt Paris in der EU massives Lobbying.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/riesen-reaktor-am-netz> 24.12.24

CDU will 6 AKW reaktivieren

Die Unionsfraktion von CDU und CSU wollen die letzten 6 Atomkraftwerke, die Ende 2021 und im April 2023 vom Netz gingen, reaktivieren. Sollten die Betreiber kein Interesse haben – wonach es aufgrund der betriebswirtschaftlichen Risiken aussieht –, könne, so der Vorschlag, der Staat die Anlagen übernehmen.

Bei einigen Blöcken dürfte ein Neustart rechtlich als Neubau zu bewerten sein – mit aufwendigem Genehmigungsverfahren.

Hohe Kosten dürften außerdem durch Entschädigungen anfallen, weil Rückbauunternehmen verbindlich beauftragt sind.

Darüber hinaus wären die Kosten für die Endlagerung des künftig anfallenden Atommülls ein heikles Thema.

Die AKW-Betreiber waren froh, als sie im Juli 2017 die Kostenrisiken der Endlagerung aus ihren Bilanzen ausbuchen konnten. Zuvor hatten sie gut 24 Milliarden Euro an den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung überwiesen.

Quelle: <https://www.taz.de/!6077411> 6.4.25

AKW für Wasserstoff?

AKW haben laut Energieforschern in künftig von Erneuerbaren bestimmten Stromsystemen nur eine Chance, wenn sie „nebenbei“ Wasserstoff produzieren, denn Grundlastkraftwerke sind künftig nicht mehr nötig. Eine zuverlässige klimaverträgliche Stromversorgung ist alleine durch das Zusammenspiel von Solar- und Windenergie mit Speichern und Residuallastkraftwerken möglich.

Bei heutigen Kostenparametern und betriebswirtschaftlichen Zinssätzen haben Atomkraftwerke einen klaren Kostennachteil gegenüber insbesondere erneuerbaren Technologien.

Wasserstoff, der mithilfe von Atomstrom hergestellt wird, nennt sich in der H₂-Farbenlehre „roter Wasserstoff“. Er gilt in der EU inzwischen als CO₂-arm. Dafür hat vor allem Frankreich gesorgt. Dem Land geht es dabei weniger um den Wasserstoff, sondern vor allem um die Rentabilität seiner AKW.

Zum ohnehin hohen Kühlwasserbedarf des Atomkraftwerks kommt eben noch das Wasser hinzu, das für die Elektrolyse benötigt wird. In Zeiten des Klimawandels ist ein hoher Wasserbedarf immer ein großes Risiko, wie inzwischen bekannt ist.

Inzwischen soll es in Afrika Solarparks geben, die eine Kilowattstunde Strom für 1-2 Cent erzeugen. Das ergäbe nach Expertenangaben einen unschlagbaren Wasserstoffpreis von 1 Euro pro Kilo.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/akw-brauchen-kuenftig-den-wasserstoff> 8.3.25

Dunkelflaute

Mitte Dezember war es soweit: Es geschah, wovon Kritiker Erneuerbarer Energie schon lange warnen. Eine Dunkelflaute erreichte Deutschland. Sie beschreibt das gleichzeitige Auftreten von Dunkelheit und Windflaute und schränkt den Einsatz von Windenergie- und Photovoltaikanlagen ein. Deshalb musste Deutschland zwischen dem 11. und 13.

Dezember zeitweise ein Viertel des Verbrauches importieren. Der Preis pro Kilowattstunde, üblicherweise zwischen 5 und 20 Cent, stieg im täglichen Handel sogar deutlich über 1 Euro.

Unternehmen, die viel Strom benötigen und ihn täglich an der Börse kaufen, drosselten die Produktion, schickten Personal nach Hause.

Jedes größere Kraftwerk muß für jeden Moment jedes Tages melden, wieviel Strom es erzeugt. Überraschenderweise gab es Dutzende Kraftwerke, die selbst in der Stunde höchster Preise keinen Strom produziert haben.

Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur haben angekündigt, zu untersuchen, ob ihre Besitzer den Strom zurückgehalten haben, um durch Knappheit die Preise hochzutreiben und mit den laufenden Kraftwerken umso besser zu verdienen. Die Behörden teilten mit, es lägen noch keine Ergebnisse vor.

Plusminus hat alle Besitzer der trotz Dunkelflaute nicht liefernden Kraftwerke um Stellungnahme gebeten. Laut deren Antwort war fast ein Drittel der vorhandenen Kraftwerke wegen teilweise auch kurzfristig aufgetretener Defekte nicht verfügbar. Doch viel gravierender: Der weit überwiegende Teil der im Leerlauf in Bereitschaft stehenden Kraftwerke, durfte gar keinen Strom liefern. Es handelt sich um Reservekraftwerke, deren Eigentümer sie längst stilllegen wollten, die aber so dringend benötigt werden, dass der Staat ihren Weiterbetrieb als Reserve für Notfälle verlangt und komplett finanziert. Die Kosten der Reserve werden dann auf den Börsenpreis aufgeschlagen. 9,8 GW an Gas- und vor allem Steinkohlekraftwerken waren während der Dunkelflaute als Reserve eigentlich verfügbar. Das Personal war vor Ort, hätte jederzeit Strom liefern können. Doch Reservekraftwerke durften laut Gesetz selbst in der dunkelsten Stunde der Dunkelflaute nicht eingreifen.

Die Reserve darf erst genutzt werden, wenn rein technisch ein Blackout droht, europaweit niemand zu finden ist, der - egal zu welchem Preis - Strom liefern kann. Ein Gesetz, das noch im Jahr 2020 von der Regierung Merkel verabschiedet wurde.

Es ist absurd, daß Deutschland rund ein Drittel seiner Großkraftwerke als Reserve ständig in Bereitschaft hält, die immensen Kosten dafür auf die Stromkunden umlegt - und die teuer bezahlten Reservekraftwerke dann nicht nutzt, um zumindest in Zeiten wirklich extremer Knappheit und Preise die Not zu lindern.

Allerdings zeigen die Daten der Dunkelflaute, daß nicht nur viele Großkraftwerke defekt oder wegen Einstufung als Reserve im Leerlauf waren. Es gibt bundesweit zehntausende kleiner Kraftwerke, die ihre Aktivitäten nicht kontinuierlich melden müssen. Laut Daten der Netzbetreiber waren davon 9 Gigawatt trotz Dunkelflaute nicht am Netz.

Auf lange Sicht wird Stromerzeugung durch Erneuerbare Energie zweifellos billiger. Der häufig bemühte Verweis auf geringere Preise etwa im Atomstromland Frankreich greift ins Leere. Dort wird Strom massiv staatlich subventioniert. Weil das dem Staat zu teuer wird, wurde bereits beschlossen, den französischen Industriestrompreis auf das aktuell in Deutschland übliche - nicht subventionierte - Börsenpreisniveau anzuheben.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/dunkelflauten-strom-preise-deutschland-102.html> 30.1.25

CO2-Bindung im Meer

Der Ozean enthält etwa 40mal mehr Kohlenstoff als die Atmosphäre. Die biologische Bindung von Kohlenstoff trägt zur Kohlenstoffspeicherung im Ozean bei, indem sie organischen Kohlenstoff aus dem Oberflächenozean in tiefere Gewässer durch absinkende Partikel aus dem Kreislauf nimmt.

Die Photosynthese in sonnenbeschienenen Oberflächengewässern wandelt gelösten anorganischen Kohlenstoff in organischen Kohlenstoff um. Schwerkraft, Ozeanvermischung und Tierwanderungen transportieren diese organische Substanz nach unten.

Es stimmt zwar, daß die Ozeane etwa 30% der Emissionen durch physikalische und chemische Prozesse im Gleichgewicht mit dem erhöhten atmosphärischen Partialdruck aufgenommen haben, aber in Küstenregionen wird viel Kohlenstoff durch biologische Prozesse gebunden.

Quelle: https://www.researchgate.net/publication/375961196_Century-scale_carbon_sequestration_flux_throughout_the_ocean_by_the_biological_pump

Fehler in Corona-Studie in Heinsberg

Vor 5 Jahren feierte der Landkreis Heinsberg Karneval, und es folgte ein böses Erwachen: Feiernde waren mit dem damals neuen Coronavirus infiziert, mehrere Menschen aus dem Ort Gangelt starben. Es handelte sich um das erste bekannte Superspreading-Ereignis in Deutschland.

Mit dem Robert-Koch-Institut (RKI) gab es in Heinsberg Streit aufgrund dessen strikter Anweisung, daß Klinikpersonal solle nach Kontakt mit Infizierten nicht arbeiten. So nahm das Gesundheitsamt Kontakt mit der Uni Bonn und dem dortigen Virologen Hendrik Streeck auf. Dieser startete eine Studie, die das Land Nordrhein-Westfalen unterstützte. Erste Daten stellte Streeck kurz vor Ostern 2020 vor. Streecks Team erforschte, wieviele Gangelter sich infiziert und Antikörper gebildet hatten. Die Dunkelziffer sei hoch, hieß es in einem vom Land NRW veröffentlichten Text, jeder sechste habe sich infiziert, fünfmal mehr als erfasst. Sie könnten sich „nicht mehr mit SARS-CoV-2 infizieren“, der Prozess zum Erreichen einer Herdenimmunität sei „bereits eingeleitet“.

Aufschluss erhoffte sich das Team zur Sterblichkeit: Es teilte die Zahl Verstorbener durch die Zahl der Infizierten. Diese Infektionssterblichkeit (IFR) ist relevant für die Bewertung des Risikos. Auch das RKI bezog sich später auf Streecks Studie.

Lege man die IFR und die Todesfallzahl zugrunde, ergebe sich für Deutschland eine Zahl „von rund 1,8 Millionen Infizierten“. Zehnmal mehr Deutsche hätten Corona überstanden als gedacht. Doch diese Rechnung basierte auf lediglich 7 Todesfällen aus Gangelt aus einem kurzen Zeitraum.

Bald darauf starben weitere Patienten, die sich im Studienzeitraum angesteckt hatten, sie blieben unberücksichtigt. Wird nur ein weiterer Todesfall eingeschlossen, verringert sich die Hochrechnung um etwa 200.000 Infizierte. Eine Nachfrage beim Heinsberger Gesundheitsamt ergab, daß noch weitere Patienten starben, die sich im Studienzeitraum angesteckt hatten - was die IFR rund verdoppeln könnte.

Infektionen sollten nicht unterbunden, sondern es sollte „eine breite Immunität“ erreicht werden, meinte Streeck damals. Doch es ist unklar, wann Corona mild verläuft, Long-Covid bringt oder den Tod. Bisher sind hierzulande knapp 200.000 Todesfälle erfasst. Eine Beratungsfirma betrieb etwa eine PR-Kampagne. Streeck sagte, nicht eingebunden gewesen zu sein. Doch er kommunizierte statistische Unsicherheiten kaum und unterschätzte sie lange. Übertragen auf die Gesamtbevölkerung lassen sich die Daten ohnehin kaum, denn sie hängen erheblich von der Altersstruktur ab. Erst 2023 gab Streecks Team eine Publikation heraus, nach der die Unsicherheit der Gangelt-Daten hoch war und die IFR sich knapp verdoppelt, wenn alle Verstorbenen berücksichtigt werden. Charite-Virologe Christian Drosten kritisierte die Studie mehrfach, oft ohne Namen zu nennen. Im Frühjahr 2020 sprach er von einem „klaren Fall, bei dem ein Forscherteam Falschinformationen gestreut und falsche Wahrnehmungen erzeugt hat und sogar politische Entscheidungen beeinflusst hat“. Das „Nachlaufen der Todesfälle war bekannt“, sagt Drosten.

Bei einer ähnlichen Studie in den USA gab es Probleme mit der Probandenauswahl: Der Stanford-Gesundheitsökonom Jay Bhattacharya setzte eine Studie auf, für die die Teilnehmer nicht zufallsbezogen, sondern über Facebook rekrutiert worden sind. Seine Frau warb per E-Mail um Teilnahme. Jüngst schilderte der damalige Medizinstudent Santiago Sanchez gegenüber dem „Guardian“ seine Erlebnisse, er wollte sich zu Pandemiebeginn einbringen und wertete die Ergebnisse mit aus. Er habe alle positiven Tests gesehen, doch während die Studie von 50 berichtet, habe er nur rund die Hälfte gesehen.

Quelle: FAZ, 19.2.25 „Daten, die die Pandemie prägten“

Invasive Pilzinfektionen

Jedes Jahr sterben weltweit 2,5 Millionen Menschen durch eine Pilzinfektion. Fachleuten bereitet die rasche Ausbreitung sogenannter invasiver Pilzarten große Sorgen. Die WHO hat bereits 2022 mit einer Liste der gefährlichsten Erreger versucht, Medizinverbände und Gesundheitspolitik weltweit zu alarmieren, allerdings mit geringem Erfolg. Das Thema wird bislang trotz der hohen Todeszahlen kaum wahrgenommen.

Invasive Pilze heißen "invasiv", weil sie in Organismen eindringen und dort Körpergewebe besiedeln. So können beispielsweise die Sporen des gefährlichen Schimmelpilzes *Aspergillus fumigatus* über offene Wunden oder die Atemwege in unseren Körper gelangen. Dort breiten sie sich im schlimmsten Fall über die Blutbahnen aus und schädigen Gefäße und Organe.

Das betroffene Gewebe löst sich nach und nach auf, die Durchblutung in diesen Bereichen wird unterbrochen. So können in der Folge auch keine Medikamente die befallenen Körperregionen mehr erreichen und der Pilz breitet sich noch weiter aus.

Werden die Erreger nicht schnell genug erkannt, kann es zu lebensgefährlichen Blutstrominfektionen kommen, und Organe wie Magen, Darm, Nieren, Leber oder das Herz können befallen werden. Wenn die Ausbreitung nicht operativ oder durch Medikamente gestoppt wird, erreichen sie letztlich auch Hirnhäute und Gehirn und sorgen dort für irreparable Schäden.

Bisher sind in erster Linie Menschen mit einem reduzierten Immunsystem von Pilzinfektionen betroffen. Besonders gefährdet sind Krebspatientinnen und -patienten oder Menschen nach einer Organtransplantation, deren Immunsystem künstlich durch Kortison reduziert wird. Ebenfalls gefährdet sind HIV-Patienten aber auch Diabetiker mit einem schlecht eingestellten Blutzuckerspiegel.

Neben England und Griechenland gab es vor allem in mehreren Krankenhäusern der Region Valencia in Spanien größere *Candida-auris*-Ausbrüche. Als der Pilz dort 2016 eingeschleppt wurde, war kaum etwas über ihn bekannt. Auch die technischen Geräte zur Diagnostik lieferten anfangs falsche Ergebnisse.

Ungewöhnlich war die Hartnäckigkeit, mit der er auf Oberflächen überlebte. Alle gängigen Desinfektionsmittel versagten und der Keim konnte sich in den betroffenen Intensivstationen ausbreiten. Vor allem Blutdruckmanschetten stellten sich als häufige Infektionsquellen heraus. Immer mehr Intensivpatientinnen und -patienten infizierten sich, und mehr als die Hälfte von ihnen verstarb mit oder durch *Candida auris*. Erst zwei Jahre nach dem Ausbruch konnte die Ausbreitung gestoppt werden. Forschende aus dem In- und Ausland fanden geeignete Wirkstoffe und Desinfektionsmethoden gegen *Candida auris*. Im vergangenen Jahr hatten wir etwa 80 Fälle mit *Candida auris* in Deutschland. Invasive Pilze vernichten jedes Jahr 10-20% unserer Ernten. Die Klimaerwärmung verschärft die Lage zusätzlich, da sich Pilzarten, die bislang nur in südlichen Regionen beobachtet wurden, mittlerweile auch weiter nördlich ausbreiten.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/gesundheit/pilzinfektionen-weltweit-100.html>
25.11.24

Pizzakartons belastet

Die Pizza bekommt man fast immer im quadratischen Karton. Es wurden 10 Pizzakartons von Ökotest in Labors untersucht. Der Karton mit dem höchsten Gehalt an BPA im Karton hatte auch den höchsten Übergang auf das Lebensmittel. Wenn eine 60 kg schwere Person eine ganze Pizza essen würde, dann würde sie über diesem höchsten tolerablen Tageswert von der EFSA 450-mal drüberliegen. Das ist ein unheimlich hoher Wert. Denn Bisphenole lösen sich durch Fett und Wärme und gelangen so auch in die Pizza.

Aber wie kommt die Chemikalie in die Pappe? Bisphenol A war bis 2020 ein zugelassener Inhaltsstoff von Thermopapieren. Diese Thermopapiere wurden dann über das Altpapierrecycling wieder in den Umlauf gebracht. Das recycelte Papier enthielt deswegen Bisphenol A. Wenn das Papier jedes Mal wieder neu recycelt wird, verschwindet das Bisphenol A zwar sehr langsam daraus, aber es ist bis heute immer noch nachweisbar. Seit dem Verbot wird Bisphenol A in Thermopapier verstärkt durch Bisphenol S ersetzt, so daß dieser Stoff jetzt auch ansteigt, wie bei Ökotests nachgewiesen werden kann. Ohne jegliche Belastung war nur der Karton von Pizza Hut. Der Karton besteht aus Frischfaser.

Bisphenol A und Bisphenol S sind Industriechemikalien. Bekannt ist v.a. Bisphenol A durch seine Verwendung in Deckeln und Behältern für Lebensmittel. Sie werden eingesetzt als Weichmacher und Ausgangsverbindung für viele Kunststoffe. Man weiß eigentlich schon seit über 30 Jahren, dass Bisphenol A ein schwaches Östrogen ist.

Aufgrund dieser unerwünschten Wirkung hat man schon frühzeitig nach Ersatzstoffen gesucht und auf diese Weise die anderen Bisphenole, darunter auch das Bisphenol S, entwickelt. Bisphenol A, kurz BPA, ist schon seit 2011 für Babyflaschen und andere Kinderprodukte verboten. Seit Anfang des Jahres greift ein neuer EU-Beschluss. Der verbietet die Verwendung von BPA in vielen Materialien mit Lebensmittelkontakt. Es gibt Vermutungen, daß bei Menschen ganz unterschiedliche Krankheitsbilder hervorgerufen werden. Dazu gehören bestimmte Brustkrebserkrankungen bei der Frau, aber auch Prostata- und Hodenkarzinome beim Mann und Missbildungen an den äußeren Genitalien bei männlichen Neugeborenen.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, hat das maximal tolerierbare Tageslimit für Bisphenol A 2023 drastisch gesenkt. Für Bisphenol S gibt es bislang weder Tageslimits, noch Verbote, obwohl die Wirkung ähnlich ist.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=zrh-HBbsDr8>

Tötung auf Verlangen in Kanada

Aus Kanada, wo Tötung auf Verlangen und assistierter Suizid (MAiD) seit 2016 erlaubt und ausschließlich unter Mitwirkung von Ärzten praktiziert werden darf, kommen Berichte, wonach das Fachgebiet der Palliativmedizin durch die Gesetzesänderung insgesamt Schaden genommen hat. Vielen Beschäftigte im Gesundheitswesen sind verunsichert. Es scheint nicht mehr klar, wofür Palliativmedizin oder das Hospiz überhaupt stehen.

In einer qualitativen Befragung von Ärzten und Pflegepersonen wurde untersucht, in wie weit die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe Palliativeinrichtungen verändert hat.

Befragt wurden 13 Ärzte (54% weiblich) und 10 Pflegekräfte (90% weiblich) im Durchschnittsalter von 43 Jahren, die vor und nach der Legalisierung der aktiven Sterbehilfe in Kanada in einer Palliativeinrichtung oder -station gearbeitet hatten. Ab Juni 2016 mußten sie Patienten über die Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe aufklären und wirkten dabei entsprechend der gesetzlichen Vorgaben mit.

Die im Palliativbereich Tätigen waren 6 Monate vor und 6 Monate nach diesem Zeitpunkt über ihre Einstellung bei der Arbeitsweise interviewt worden. Bei der Auswertung der Themen zeigte sich: Mit Einführung der Tötung auf Verlangen/Assistierter Suizid veränderte sich der Zugang zum Sterben.

Als „neue Herausforderungen“ beschrieben die Beteiligten die veränderte Kontrolle der Symptome, die Art der Kommunikation, die persönlich empfundenen Belastungen und die spürbare Verschlechterung des Arzt-Patienten-Verhältnisses sowie allgemein das Aufzehren von Ressourcen durch sog. Sterbehilfe-Fälle.

Das Sterben werde nicht mehr angenommen, sondern es ist zu einem Prozess geworden, der von einigen als ein „kalter, isolierter Weg, die Welt zu verlassen“ beschrieben wurde.

Hilfreiche Schmerzmittel werden abgelehnt, weil sie womöglich die Entscheidungskraft schwächen.

Es entstanden im Vorfeld neuartige, schwierige Gespräche mit den Patienten. Viele wollen im Gespräch bis ins Detail über den geeigneten Zeitpunkt verhandeln. Das werde im Laufe der Zeit zu einem alles dominierenden Thema. Dadurch entsteht eine neue und große emotionale Belastung – nicht nur für den oder die Betreffende, sondern auch für das Personal. Sie besteht besonders dann, wenn der Todeszeitpunkt vorab festgelegt und bekannt wird. Verbunden ist damit auf beiden Seiten die Angst vor sozialer Stigmatisierung. Gleichzeitig tritt auf Seiten des Personals die Angst vor Gewöhnungseffekten auf wie auch die Furcht vor einer andauernden Mitarbeit bei Tötungen.

Institutionell wurde in Kanada die Beobachtung gemacht, daß die vorhandenen Ressourcen, die für die Palliativmedizin vorbehalten werden, automatisch in die Vorbereitungen eines Verfahrens zur Tötung auf Verlangen fließen.

Im 37,6 Millionen Einwohner zählenden Kanada wurden aktive Sterbehilfe und Suizidbeihilfe im Juni 2016 legalisiert. Die Zahl der Betroffene stieg rasant an: von 970 Fällen im ersten Jahr auf 10.064 Fällen im Jahr 2021. Insgesamt haben sich in den 5 Jahren im Rahmen von MAiD 31.664 Kanadier - hauptsächlich durch Tötung auf Verlangen - das Leben genommen. Mediale Berichte zeigen, daß es bereits zu einer Verschiebung im Wertegefüge gekommen ist. So wird ein vorzeitiger Tod als kostengünstigere Option etwa bei Long-Covid-Patienten, Menschen mit Behinderung oder Kriegsveteranen angeboten - auch ohne schwere Erkrankung oder explizitem Wunsch der Patienten.

Quelle: <https://www.imabe.org/bioethikaktuell/einzelansicht/toetung-auf-verlangen-wie-sich-die-medizin-durch-das-angebot-veraendert> 6.9.22

in Palliative Medicine (2021;35(2):447-454. doi:10.1177/0269216320968517) publiziert

Neue Gentechnik (NGT)

Bei einem Treffen der ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsländer in Brüssel hat die polnische Ratspräsidentschaft eine Mehrheit für ihren Kompromiss zur künftigen Deregulierung von Pflanzen aus Neuer Gentechnik (NGT) bekommen. Er sieht vor, daß die große Mehrzahl der NGT-Pflanzen künftig weder auf Sicherheit geprüft noch durchgehend gekennzeichnet noch rückverfolgbar sein werden, die Patentierbarkeit nicht eingeschränkt wird, die Deregulierung auch für alle Wildpflanzen gilt.

Ob der Vorschlag in dieser Form durchkommt, ist allerdings zweifelhaft, da es nach wie vor viel Kritik von Seiten der Mitgliedsländer gibt. Unklar ist auch, wie es jetzt im sogenannten Trilog zu einer gemeinsamen Position von EU-Parlament auf der einen Seite und den Mitgliedsländern und der EU-Kommission auf der anderen Seite kommen soll. Der angenommene Vorschlag würde zu einem grob fahrlässigen Umgang mit NGT-Pflanzen führen. Er missachtet das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit und würde zudem das Problem der Monopolisierung von Saatgut verschärfen.

Der „magische Schwellenwert“ von 20 genetischen Veränderungen, unterhalb dessen keine Risikobewertung nötig wäre, ist wissenschaftlich nicht begründbar.

Hauptverantwortlich für diese Entwicklungen ist die EU-Kommission, die weitgehend die Positionen der Industrie übernommen hat und weitreichende Schäden für die Allgemeinheit in Kauf zu nehmen bereit ist.

Quelle: <https://www.testbiotech.org/aktuelles/wirtschaft-siegt-ueber-wissenschaft/> 14.3.25

riskante Deregulierung der Gentechnik

In der Debatte um die Genschere Crispr/Cas ringen Agrarkonzerne und Biobauern, Modernisten und Traditionalisten miteinander. Die Genschere erlaubt gezielte Eingriffe ins Genom von Pflanzen. Damit können einzelne Genbausteine gezielt entfernt, hinzugefügt oder umgeschrieben werden.

Schon im Sommer 2023 schlug die EU-Kommission vor, die Regeln für sogenannte Neue Genomische Techniken (NGT) deutlich zu lockern. Pflanzen, deren Genom an höchstens 20 Stellen verändert wurde, sollen wie klassische Züchtungen behandelt werden.

Das Saatgut dieser NGT1-Pflanzen soll weiterhin gekennzeichnet werden.

Bei der Kennzeichnung folgten die Mitgliedstaaten dem Kommissionsvorschlag: Kennzeichnungspflicht nur für das Saatgut, nicht aber für daraus produzierte Lebensmittel. Kritiker wie Jörg Hütter von Demeter warnen: „Wenn nur wenige Großkonzerne Patente auf diese Pflanzen besitzen, gerät unsere Nahrungsmittelversorgung in deren Kontrolle.“ Bauernpräsident Rukwied befürwortet die Genschere, fordert aber auch: Die Wahlfreiheit für Bauern, ohne NGT zu arbeiten, müsse durch Koexistenzregelungen gesichert bleiben. Patente sieht er ebenso kritisch.

Das Parlament hat in den wesentlichen Punkten jedoch eine andere Position. Dort ist die Skepsis größer. Die Abgeordneten fordern eine lückenlose Kennzeichnungspflicht von NGT entlang der Lieferkette bis in den Supermarkt. Noch entschlossener zeigt sich das Parlament beim Thema Patentschutz: Es will verhindern, daß NGT-Pflanzen überhaupt patentiert werden können. Dafür soll das EU-Gesetz für Biopatente entsprechend geändert werden.

Der Koalitionsvertrag in Deutschland bezieht nicht klar Position zur Genschere. Es könnte also alles auf ein klassisches „German Vote“ hinauslaufen, sprich, daß Deutschland sich enthält.

Quelle: FAZ, 24.4.25 „Neue Gentechnik - alte Ängste“

Pestizide

Eine Studie der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU) zeigt, daß Stoffe nicht nur während der Spritzphasen in den Feldern nachweisbar sind, sondern ganzjährig und auch auf angrenzenden Wiesen.

Seit den 1970er Jahren werden in der industriellen Produktion von pflanzlichen Lebensmitteln im konventionellen Anbau flächendeckend chemisch-synthetische Pestizide zur Schädlings- und Unkrautbekämpfung und Vorbeugung gegen Pilzkrankheiten eingesetzt. Diese werden mittels Sprühtechnik großflächig ausgebracht – mehrfach pro Jahr und in Kombination verschiedener Wirkstoffe. Bis heute gibt es allerdings keinen Datensatz zur Belastung der Ackerböden.

Die Studie, die im Kontext des Aktionsprogramms Insektenschutz durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert wurde, nahm die Anwesenheit von Pestizidwirkstoffen im Abstand von 1m, 5m und 20m Entfernung zum Feld über ein ganzes Jahr (von Februar 2021 bis Februar 2022) in Rheinland-Pfalz monatlich in 3 Feldern auf. Mit moderner Analysetechnik wurden die Proben auf 93 gängige Pestizide untersucht.

Die Ergebnisse zeigen: Pestizide sind das ganze Jahr über in Böden und Vegetation in niedrigen Konzentrationen präsent. In den Böden fanden sich im Durchschnitt 10 Pestizide. In einer Probe hat das Forschungsteam 28 Stoffe gemessen. In der Vegetation konnten die Forschenden ebenfalls Pestizidmischungen nachweisen, hier jedoch mit jahreszeitlichen Schwankungen. Der Durchschnitt lag bei sieben Pestiziden in der Vegetation, die Maximalwerte in einzelnen Proben betragen 25 Stoffe.

Chemisch-synthetische Pestizide sind so konzipiert, daß sie gezielt wirken sollen. Viele dieser Stoffe greifen in grundlegende biologische Prozesse wie die Nervenleitung, Zellteilung oder die Synthese von Proteinen an, wodurch sie wenig spezifisch sind und auch viele so genannte Nicht-Zielarten wie Schmetterlinge oder Regenwürmer schädigen. In der aktuellen EU-weiten Praxis der Zulassung werden Einzelstoffe geprüft, aber nicht die Wirkung der in der Umwelt tatsächlich vorkommenden Mischungen, die in Ackerböden bis zu 28 verschiedene Pestizide umfassen können. In der aktuellen Studie wurden auch Pestizide nachgewiesen, die nicht im Untersuchungsjahr ausgebracht wurden. Das deutet laut der Forschenden auf längere Abbauraten in der Umwelt hin, als durch die Risikobewertung im Rahmen der Zulassung angenommen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/pestizidmischungen-das-ganze-jahr-ueber-in-boeden-und-pflanzen-praesent/> 27.1.25

<https://rptu.de/newsroom/neuigkeiten/detail/news/nicht-nur-zu-spritzphasen-pestizidmischungen-das-ganze-jahr-ueber-in-boeden-und-pflanzen-praesent>

Pestizide lösen Parkinson aus

Zu den Risikofaktoren für eine Parkinson-Erkrankung gehören neben einer erblichen Veranlagung und zunehmendem Lebensalter auch eine entzündungsfördernde Ernährung mit viel Zucker und Fleisch, wenig Bewegung - und: Umweltgifte wie Pestizide.

Besonders gefährdet sind Landwirtinnen und Landwirte und ihre Angehörigen.

Pflanzenschutzmittel werden nach wie vor in großem Umfang eingesetzt, um Schädlinge fernzuhalten. Aber sie wirken auch dort, wo sie nicht erwünscht sind - sie reduzieren die Artenvielfalt und verschlechtern die Wasserqualität.

Im Frühjahr 2025 hat der Ärztliche Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten (ÄSVB) beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales nun eine wissenschaftliche Empfehlung für eine neue Berufskrankheit "Parkinson-Syndrom durch Pestizide" beschlossen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen davon aus, daß Pestizide die Mitochondrien - also die Kraftwerke der Zellen - direkt im Gehirn nach und nach zerstören. Pestizide scheinen aber auch über den Darm zu wirken, also auf die Mikroorganismen die den menschlichen Darm bevölkern. Pestizide könnten dort dafür sorgen, daß für uns "schlechte" Mikroorganismen die Oberhand gewinnen und einen Entzündungsprozess in Gang setzen. In der Folge wird die Darmwand durchlässiger, Schadstoffe können in den Blutkreislauf gelangen.

Zudem gibt es eine direkte Verbindung zwischen Darm und Gehirn - den Vagus-Nerv.

Alpha-Synuclein, ein fehlgefaltetes Eiweiß, das sich bei fast allen Parkinson-Erkrankten findet, könnte auch auf diesem Weg das Gehirn erreichen. Aber es gebe vermutlich noch viele andere Mechanismen.

Bei Pestiziden dagegen ist der Zusammenhang auch deshalb so plausibel, weil 2 von ihnen im Tiermodell genutzt werden, um Parkinson in den Mäusen auszulösen. Sie sorgen dafür, daß die Dopamin-produzierenden Nervenzellen zugrunde gehen. An den Tieren läßt sich dann studieren, wie sich die Krankheit unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen entwickelt.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/gesundheit/parkinson-pestizide-100.html>
17.12.24

Studien, in denen Parkinson-Patienten befragt wurden zeigten, daß sie 50% bis 100% häufiger mit Pestiziden gearbeitet hatten als eine altersgleiche Vergleichsgruppe.

In Kalifornien müssen sich alle beruflichen Anwender von Pestiziden mit ihren Daten in ein Register eintragen. Diese Pestizid-Anwendungsdaten sind öffentlich, weil sie mit öffentlichen Geldern gesammelt werden. Wenn das Brunnenwasser genutzt wurde, ist

auch bekannt, was im Bereich der Brunnen gespritzt und somit eventuell in das Trinkwasser eingetragen wurde. In Deutschland existiert ein solches öffentliches Register nicht.

Laborversuche mit Tieren bringen bei der Erforschung neurodegenerativer Prozesse nicht viel, denn Ratten und Mäuse leben nur 2-3 Jahre und ihre Gehirne altern anders als unsere. Parkinson ist ein sehr langsamer Prozess, wo ein Neuron nach dem andern stirbt – über Jahrzehnte.

Für 53 Pestizide wurde ein erhöhtes Parkinson-Risiko festgestellt. 10 davon waren toxisch für die dopaminergen Neuronen, deren Absterben für Parkinson verantwortlich ist. Diese 10 Wirkstoffe wurden dann auch in verschiedenen Kombinationen gemeinsam untersucht und es wurde klar, dass solche Pestizid-Cocktails noch schädlicher sind, das heißt, dass sie für ein viel schnelleres oder stärkeres Absterben dieser Neuronen verantwortlich waren.

Quelle: <https://umweltinstitut.org/landwirtschaft/meldungen/parkinson-und-pestizidanwendungen/> 10.4.24

Abschwächung vom Golfstrom/AMOC

Die atlantische meridionale Umwälzzirkulation (Atlantic Meridional Overturning Circulation, AMOC) ist Teil eines einzigen „Förderbandes“ für den kontinuierlichen Wasseraustausch, das Wasser durch die Weltmeere transportiert. Sie ist die wichtigste Meeresströmung im Atlantik, sowohl an der Oberfläche als auch in großen Tiefen, die durch Veränderungen des Wetters, der Temperatur und des Salzgehalts beeinflusst wird.

In der wissenschaftlichen Gemeinschaft wird befürchtet, daß sich die AMOC abschwächt. Die meisten Klimawissenschaftler sind der Ansicht, daß eine erhebliche Abschwächung der AMOC zu erheblichen, möglicherweise katastrophalen Klimaveränderungen führen könnte.

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die unerbittliche Abholzung treibt die Treibhausgasemissionen in die Höhe, sowie das Abschmelzen des arktischen und grönländischen Eises, wodurch sich die Chemie und Dynamik des Ozeanwassers rasch verändert.

Eine schwächere AMOC würde die Durchmischung vermindern und weniger warmes Wasser nach Norden bringen, so daß die Wärme in den Tropen und die Kälte in den Polargebieten verbleibt.

Wenn die Strömung ganz zum Stillstand kommt, wären die Folgen katastrophal. Die AMOC transportiert eine schwindelerregende Menge an Energie. So viel wie eine Million Kernkraftwerke. Als Kernelement des Erdsystems würde sein Zusammenbruch die regionalen Wettermuster, den Wasserkreislauf und die Fähigkeit eines jeden Landes, seine Einwohner mit Nahrungsmitteln zu versorgen, radikal verändern.

Ein Großteil der wissenschaftlichen Gemeinschaft ist sich darin einig, daß sich die AMOC verlangsamt.

Diese Instabilitäten sind auf zwei verschiedene Arten von Kippunkten zurückzuführen, von denen einer mit verstärkenden Rückkopplungen im großräumigen Salztransport und der andere mit der konvektiven Durchmischung zusammenhängt.

In den Jahrzehnten nach dem Kippunkt könnte es in vielen europäischen Städten um 5 bis 15 Grad Celsius kälter werden. In Bergen, Norwegen, könnten die Temperaturen um satte 35 Grad Celsius sinken. Das Meereis im Winter könnte sich bis in den Süden des Vereinigten Königreichs erstrecken. Die Sommer würden dagegen heißer und trockener werden. Die Anbauflächen für Weizen und Mais, die weltweit zu den Grundnahrungsmitteln gehören, würden um etwa die Hälfte zurückgehen. Am schlimmsten könnten die Auswirkungen für die Tropen sein.

Quelle: <https://thejournal.cii.co.uk/2025/01/10/climate-change-amocalypse-now> 10.1.25

US-Regierung beendet Klimapolitik

Das amerikanische Bundesumweltamt EPA (Environmental Protection Agency) zieht sich aus der Klimapolitik zurück und stellt unter anderem Vorschriften, die die Emissionen von Autos und Kraftwerken regulieren, auf den Prüfstand mit der erklärten Absicht, sie komplett zu streichen.

„Heute ist der größte Tag der Deregulierung, den unsere Nation je erlebt hat. Wir stoßen einen Dolch direkt ins Herz der Klimawandel-Religion, um die Lebenshaltungskosten für amerikanische Familien zu senken, die amerikanische Energie freizusetzen, Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in die USA zurückzubringen und vieles mehr“, sagte EPA-Chef Lee Zeldin in einer Stellungnahme.

Zu den wichtigsten Maßnahmen der Behörde gehört ihr Plan, die Beschränkungen für Kohlendioxidemissionen von Kraftwerken aufzuheben.

Bereits beendet ist ein Abgasnormen-Regelwerk, das sicherstellen sollte, daß bis 2032 die Mehrheit der in den USA verkauften Autos und Nutzfahrzeuge vollelektrisch oder mit Hybridantrieb versehen ist.

Gelockert werden sollen Grenzwerte für Quecksilberemissionen von Kraftwerken sowie der Beschränkungen für Ruß und Dunst aus der Kohleverbrennung.

Besonders weitreichend aber könnte die Absicht der EPA sein, ihre eigene Rechtsgrundlage für den Erlass von Vorschriften für die Begrenzung von Treibhausgasen aufzugeben. Im Jahr 2007 hatte der Oberste Gerichtshof geurteilt, daß die EPA befugt ist, Treibhausgase zu regulieren, da diese der Definition von Luftschadstoffen im Clean Air Act entsprechen. Diese Gerichtsentscheidung gab den Regierungen von Barack Obama und Joe Biden die Möglichkeit, einschneidende klimapolitische Vorschriften zu erlassen, ohne dafür den Segen des Kongresses zu haben.

Aufgrund dieses Urteils erließ die EPA Vorschriften zur Begrenzung der Auspuffemissionen von Fahrzeugen. 30% der US-Emissionen sind auf den Verkehr zurückzuführen. Ein Großteil der Kohlekraftwerke ging aus wirtschaftlichen Gründen vom Netz und wurde durch Gaskraftwerke ersetzt. Die erneuerbaren Energien wuchsen schnell. Trump hatte in einem seiner ersten Dekrete bereits den Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen angeordnet. Die EPA war 1970 vom republikanischen Präsidenten Richard Nixon gegründet worden.

Quelle: FAZ, 14.3.25 „US-Regierung beendet Klimapolitik“

Mit PV Moore wiedervernässen

Im Projekt „MoorPower“ soll die generelle Machbarkeit von Photovoltaikanlagen auf Moorböden bei gleichzeitiger Wiedervernässung untersucht werden. Moor-Photovoltaik (Moor-PV) bezeichnet die gleichzeitige Nutzung wiedervernässter Moorböden für Klimaschutz und PV-Stromerzeugung.

Die Stromerzeugung bietet Landwirtschaftsbetrieben eine zusätzliche Einnahmequelle und kann damit Anreiz zu mehr Wiedervernässung in Deutschland sein.

Jede PV-Anlagenvariation wird dann in Kombination mit 3 unterschiedlichen Bedingungen der Wiedervernässung, sprich mit 3 unterschiedlichen Wasserständen, insbesondere auf ökologische Fragestellungen hin untersucht.

Auf einer Materialtestfläche in Baden-Württemberg kann das Projektteam unterschiedliche Materialien, Beschichtungen und Methoden für die Fundamente der besonderen PV-Anlagen testen. Zudem werden die Auswirkungen der Beschattung durch die Anlagen auf die moortypischen Pflanzen in Topfversuchen untersucht.

Seit Anfang 2023 fördert die Bundesregierung die Errichtung von Solaranlagen auf ehemals für die Landwirtschaft trockengelegten Moorflächen, wenn diese dabei dauerhaft wiedervernässt werden.

Aktuell sind rund 70% aller Moore in Deutschland für die landwirtschaftliche Nutzung trockengelegt und tragen dadurch jährlich zu etwa 44% der gesamten Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft bei. Insgesamt stammen 7% der gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands von entwässerten Moorböden. Um Deutschlands Klimaziele zu erreichen, müssten mindestens 50.000 Hektar Moorfläche pro Jahr wiedervernässt werden.

Quelle: Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE)

<https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/mit-photovoltaik-mehr-moore-wiedervernaessen/> 17.3.25

Stärkere Erderwärmung

2023 kratzte die globale Erwärmung erstmals an der 1,5-Grad-Grenze. Ein Teil dieses Anstiegs blieb rätselhaft. Er würde gleichzeitig bedeuten, daß Kohlendioxid die Erde noch stärker aufheizt als gedacht. Die Fachwelt war überrascht und konnte gut 0,2 Grad dieses Anstiegs bislang nicht erklären.

Man misst, wieviel Energie die Erde aus dem Weltall aufnimmt und wie viel sie wieder zurückstrahlt, also abgibt. Die Differenz ergibt die Erwärmung. Die Studie stützt sich dazu auf Satellitendaten und sogenannte Reanalyse-Daten aus mehreren Jahrzehnten Wetteraufzeichnung.

Neben El Niño und einer erhöhten Sonnenaktivität vermutete man mehr Wasserdampf aus einem Vulkanausbruch oder eine abnehmende Zahl von Aerosolpartikeln in der Atmosphäre. Doch nimmt man alle diese Faktoren zusammen, bleiben trotzdem 0,2 Grad unerklärt.

2023 war auch das Jahr mit der niedrigsten planetaren Albedo (Rückstrahlung der Erde in den Weltraum) seit 1940. Gletscher und Meereis schwinden und so verliert die Erde helle Flächen, die besonders stark reflektieren. Das hat aber nur etwa 15% zum jüngsten Rückgang der Albedo beigetragen.

Die Ursache der ungewöhnlich niedrigen Albedo ist, daß sich deutlich weniger niedrig hängende Wolken gebildet haben als früher. Wolken reflektieren Sonnenlicht und kühlen so die Erde. In hohen Luftschichten, nicht jedoch in niedrigen, halten Wolken aber auch die von der Erdoberfläche abgestrahlte Wärme zurück und wärmen so den Planeten. Gibt es weniger niedrigere Wolken, verlieren wir nur den Kühleffekt, es wird also wärmer. Vermutlich ist es die Klimaerwärmung selbst, die die niedrigen Wolken verschwinden läßt. Wir wissen über den Atlantik, daß im letzten Jahr dort, wo es deutlich weniger Wolken gab, auch die Winde ungewöhnlich schwach waren.

Das führe zu weniger Wolkenbildung und weniger Kühlung durch Feuchtigkeit, die von der Meeresoberfläche verdunstet: "Das macht veränderte atmosphärische Zirkulationsmuster zu einer wahrscheinlichen Ursache. Mehr Erwärmung führt zu weniger niedrigen Wolken und weniger niedrige Wolken zu noch mehr Erwärmung.

Das könnte bedeuten, daß die Klimasensitivität bislang unterschätzt wurde. Hinter diesem Begriff verbirgt sich, um wieviel Grad sich die Erde erwärmt, wenn sich der CO₂-Gehalt der Atmosphäre verdoppelt. Wäre die Klimasensitivität größer als angenommen, wären alle Prognosen zu optimistisch und höhere Temperaturen – etwa die im Paris-Abkommen definierte Grenze von 1,5 Grad Erderwärmung – würden früher erreicht.

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/wissen/klima/erklaerungsluecke-stellt-klimaforscher-aktuell-grosses-raetsel-40424020> 5.12.24

Neue EU-Verpackungsverordnung

Die EU hat die neue Verpackungsverordnung veröffentlicht, die in den kommenden Jahren die gesamte Verpackungsbranche verändern wird. Die Verordnung wird ab dem zweiten Quartal 2026 verbindlich gelten.

Die neue Verordnung gilt für alle in der Europäischen Union in Verkehr gebrachten Verpackungen und alle Verpackungsabfälle, unabhängig von der Art der Verpackung oder dem verwendeten Material.

Alle Verpackungen müssen ab 2030 so gestaltet sein, daß sie recycelt werden können. Ab 2030 gibt es verpflichtende Einsatzquoten für Rezyklate in Kunststoffverpackungen.

Unterschiedliche Materialien innerhalb einer Verpackung müssen leicht trennbar sein. Es werden verbindliche Mehrwegquoten für Getränkeverpackungen eingeführt.

Einweg-Verpackungen werden ab 2030 beschränkt. Erzeuger müssen Verpackungen nach den neuen Vorschriften bewerten und dann eine Konformitätserklärung ausstellen.

Es gibt verbindliche Mindestanforderungen für die umweltorientierte Vergabe öffentlicher Aufträge. Recyclingziel ist min. 65% des Gewichts aller anfallenden Verpackungsabfälle bis 2026 zu erfassen. Die Verpackungen im E-Commerce müssen kleiner gestaltet werden. Es gibt Kennzeichnungspflichten über Recyclingmöglichkeiten. Verpackungen, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, dürfen keine PFAS enthalten.

Die neue Verpackungsverordnung basiert auf der überarbeiteten EU-Verpackungsrichtlinie 94/62/EG, die zuletzt durch die Änderungsrichtlinie (EU) 2018/851 aktualisiert wurde.

Diese frühere Richtlinie legte den Grundstein für eine Harmonisierung der Verpackungs- und Abfallbewirtschaftung in der EU und wurde nun durch die neuen Bestimmungen deutlich verschärft.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/neue-eu-verpackungsverordnung/>
30.1.25

Meeresschaum mit Chemikalien belastet

Der Meeresschaum an den Stränden der deutschen Nord- und Ostseeküste ist stark mit schädlichen PFAS belastet. Messungen von Greenpeace an Sandstränden weisen hohe Konzentrationen dieser langlebigen Substanzen auf, den sogenannten "Ewigkeitschemikalien". Greenpeace nahm im November und Januar 9 Stichproben auf Norderney, Sylt, in Sankt Peter-Ording, Boltenhagen und Kühlungsborn. Alle Proben liegen zwischen 290-fach und 3777-fach über dem dänischen Grenzwert für Badegewässer von 40 Nanogramm pro Liter. (Studie: <https://t1p.de/w3ema>). Auch der ab kommendem Jahr geltende deutsche Trinkwassergrenzwert von 100 Nanogramm pro Liter für die Summe der 20 am häufigsten vorkommenden PFAS (PFAS-20) wird deutlich überschritten. Deutsche Behörden haben keine Grenzwerte für Badegewässer erlassen. In Dänemark und den Niederlanden warnen die Behörden vor dem Kontakt mit Meeresschaum.

Die Gruppe der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen PFAS umfasst über zehntausend Chemikalien. Viele davon sind gesundheits- und umweltschädlich. Einige davon, wie PFOS und PFOA, sind zudem krebserregend, beeinflussen das Hormonsystem und schädigen die Fortpflanzung. Viele der Stoffe bleiben lange im menschlichen Körper. PFAS bauen sich nicht ab und reichern sich in der Nahrungskette an. Viele der PFAS finden sich in Flüssen, wie eine Untersuchung von Greenpeace im Rhein bestätigte. Über die Flüsse gelangen PFAS ins Meer. Dort reichern sich die Chemikalien offenbar stark im Schaum an.

Eine gesundheitliche Gefährdung für Menschen ist bei Kontakt nicht auszuschließen. Dies gilt insbesondere für Kinder, die am Strand mit dem Schaum spielen. Zusätzlich können

Böden und Grundwasser mit PFAS kontaminiert werden. Auch Gischt in der Luft von Küstengebieten kann PFAS enthalten.

Quelle: Greenpeace <https://presseportal.greenpeace.de/246652-greenpeace-warnt-meeresschaum-an-deutscher-nord-und-ostseekuste-mit-gesundheitsgefährdenden-chemikalien-belastet> 4.2.25

PFAS-Reinigung im Boden

Böden, die mit schädlichen per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) belastet sind, können nur schwer und nicht immer komplett davon gereinigt werden. Das sind extrem langlebige, wasser-, fett- und schmutzabweisende Industriechemikalien. Sie befinden sich in vielen Alltagsprodukten wie Regenjacken oder Pizzakartons. Sie gelangen aber auch über die Produktion von Textilien, Druckerzeugnissen, Kälte- und Treibmitteln sowie Feuerlöschschäumen in die Umwelt und reichern sich in Böden, Lebensmitteln und Trinkwasser an. PFAS gelten als hochproblematisch: sie sind wahrscheinlich krebserregend und werden in der Umwelt und im menschlichen Organismus quasi nicht abgebaut.

Findet man PFAS im Boden, muß dieser entweder gereinigt oder deponiert werden. Entfernen lassen sich die PFAS nur mit einer speziellen Bodenwäsche. Bei dieser wird der kontaminierte Boden ausgehoben und in einer Anlage mit Wasser gereinigt. Man versucht beispielsweise durch chemische Oxidation, Flotation oder die Verwendung von waschaktiven Zusätzen die Reinigung zu erleichtern.

Quelle: Uni Augsburg

<https://www.uni-augsburg.de/de/campusleben/neuigkeiten/2025/02/05/pfas-wie-man-die-ewigkeitschemikalien-besser-aus-dem-boden-bekommt/> 5.2.25

Nitrat-Klage

Nach jahrelangem Rechtsstreit hat das Bundesverwaltungsgericht letztinstanzlich entschieden, daß die Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wirksame Maßnahmen ergreifen müssen, um die Nitratverschmutzung des Grundwassers zu reduzieren. Verschlechterungen müssen mit aller Kraft gestoppt und die Grenzwerte endlich eingehalten werden. Das Urteil hat weitreichende Auswirkungen für ganz Deutschland. Mit dem Urteil wird jetzt auch eine Klärung für die gesamte EU ermöglicht. Nach dem Erfolg in der Ems-Region wird die DUH auch andere Hotspots der Massentierhaltung auf hohe Nitratbelastungen untersuchen und von den Behörden die Offenlegung der neuesten Daten verlangen. Das Ziel ist, für sauberes Wasser und eine Reduktion der Tierhaltungszahlen zu kämpfen.

Seit 1991 gilt in der EU: Grundwasser ist verunreinigt, wenn der Nitratwert 50mg pro Liter überschreitet. Doch Deutschland hält diesen Grenzwert seit 25 Jahren nicht ein. Rund 26% der Meßstellen überschreiten diesen Wert, besonders in Gebieten mit intensiver Landwirtschaft. Deutschland hat die zweithöchste Nitratbelastung in Europa – nur Malta ist stärker betroffen.

Bereits im Jahr 2018 hat die DUH das Recht auf sauberes Wasser bei der Bundesregierung und ein Jahr später bei den Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eingeklagt. Im November 2023 verurteilte das Niedersächsische Obergericht Lüneburg die Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, ihre Maßnahmenprogramme für das Flussgebiet der Ems zu ändern. Trotz dieses klaren Urteils legten die Bundesländer Revision ein, statt endlich wirksame Maßnahmen gegen die zu hohe Nitratbelastung auf den Weg zu bringen. Doch das Bundesverwaltungsgericht wies diese Revision zurück.

Die geplante Aufweichung der EU-Nitratrichtlinie durch EU-Lobbyisten der Bauernverbände, wird auf den entschlossenen Widerstand der DUH treffen. In Deutschland sickert täglich tonnenweise Nitrat in unser Grundwasser. Das ist mehr, als Pflanzen und Böden aufnehmen können. Besonders die intensive Landwirtschaft, die mit Gülle und Mist überdüngt, trägt erheblich dazu bei. Die Überschüsse haben verheerende Folgen: An zu vielen Stellen in Deutschland überschreiten die Nitratwerte in Flüssen, Seen, Meeren und im Grundwasser die erlaubten Grenzwerte. Die Wasserwerke müssen zur Trinkwasseraufbereitung kostspielige Maßnahmen treffen, die am Ende wir alle bezahlen. Ein zu hoher Nitratgehalt im Trinkwasser ist eine ernsthafte Bedrohung für unsere Gesundheit – insbesondere für Kleinkinder. Nitrat kann im Körper zu giftigem Nitrit umgewandelt werden, das die Gefahr von Krebs birgt und bei Babys sogar zu Blausucht führen kann.

22% der Grundwasserkörper und 48% der Ökosysteme in Deutschland sind durch Nitratbelastung in schlechtem Zustand. Durch den zu hohen Stickstoffeintrag leidet nicht nur unsere Gesundheit, sondern auch die Biodiversität: Die Überdüngung schadet Ökosystemen, indem sie das Gleichgewicht der Pflanzen- und Tierwelt stört. Besonders gefährdet sind Bienen und andere Bestäuber, die wiederum für viele heimische Pflanzenarten, für Obst, Gemüse, Raps und andere landwirtschaftliche Kulturen essenziell sind. Zudem trägt der überschüssige Stickstoff zur Eutrophierung der Meere bei, indem er das Wachstum von Algen fördert. Dies wirkt sich negativ auf die Biodiversität und die Fischbestände aus und gefährdet die Gesundheit der Meeresökosysteme.

Quelle: DUH, 21.3.25

In Deutschland als dem Land mit der größten Einwohnerzahl in der EU ist die Trinkwassernutzung in Haushalten und Kleingewerbe laut Umweltbundesamt (UBA) in den letzten drei Jahrzehnten über lange Zeit zurückgegangen, nämlich von 144 Litern pro Kopf und Tag im Jahr 1991 bis auf 123 Liter 2016. In den Trockenjahren wuchs der Verbrauch allerdings wieder. So waren es im Extremjahr 2019 im Schnitt 128 Liter, im ebenfalls sehr trockenen Jahr 2022 dann 126 Liter. Ursache für den Anstieg war der höhere Wasserbedarf in den sehr heißen und trockenen Sommermonaten, so das UBA. Fachleute diskutieren sogar schon darüber, Berlin mit seinen 3,9 Millionen Einwohnern langfristig mit einer Meerwasser-Entsalzungsanlage an der Ostseeküste und einer 250km langen Pipeline zu versorgen.

Da der größte Teil des Wasserverbrauchs im Haushalt auf Baden, Duschen und Toilettennutzung entfällt, können wassersparende Armaturen einen wichtigen Beitrag zur Einsparung leisten.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/erdsystem/wird-das-wasser-knapp> 21.3.25

Wasserknappheit in Afrika

Die Klimakrise verschärft die Wasserknappheit im östlichen und südlichen Afrika dramatisch. 116 Millionen Menschen oder 40% der Bevölkerung leben dort ohne sicheres Trinkwasser, 55 Millionen sind von extremem Hunger betroffen.

Weltweit hat sich die Dauer von Dürren seit dem Jahr 2000 durchschnittlich um 29% verlängert. Dagegen hat sich die Häufigkeit von Sturzfluten zwischen 2000 und 2022 um das 20-fache erhöht. Das Verschwinden der Gletscher Afrikas hat Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Grundwasser, die landwirtschaftliche Produktion, die Gesundheit der Viehbestände und die Fischerei. Dies hat Folgen für Afrikas Kleinbauern, Viehzüchter und Fischer.

Die Zahl der Menschen, die in den 8 untersuchten Ländern Äthiopien, Kenia, Malawi, Mosambik, Somalia, Südsudan, Sambia und Simbabwe von extremem Hunger betroffen

sind, ist in den vergangenen fünf Jahren um 80% gestiegen – von fast 31 Millionen im Jahr 2019 auf über 55 Millionen im Jahr 2024. Das entspricht zwei von zehn Menschen in diesen Ländern.

Quelle: OXFAM, <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2025-03-20-wasser-klimakrise-116-millionen-menschen-ost-suedafrika-fehlt> 20.3.25

Corona-Fonds

Der Corona-Fonds war 2020 als unmittelbare Reaktion auf die Pandemie beschlossen worden und ist seit Jahresanfang 2021 in Kraft. Die EU-Mitgliedstaaten sollen daraus insgesamt 650 Milliarden Euro ausbezahlt bekommen, zum Teil als Kredite, zum Teil als Zuschüsse. Sie sollen damit die Pandemiefolgen abfedern und zugleich den Übergang zu einer klimafreundlichen und digitalen Wirtschaftsstruktur bestreiten. Ein Land, das Geld aus dem Corona-Fonds will, muß Reformpläne entwerfen, die mindestens einem dieser Ziele dienen. Erst wenn die EU-Kommission die Pläne gebilligt hat, können die Mittel ausbezahlt werden. Deutschland stehen aus dem Fonds rund 25 Milliarden Euro zu. Finanziert wird der Fonds ausschließlich durch eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU. Der Fonds soll 2027 auslaufen. Das auf den Finanzmärkten aufgenommene Geld müssen die Kommission (für Zuschüsse) und die Mitgliedstaaten (für Kredite) bis 2058 zurückzahlen. Da die Zinsen im Vergleich zu 2021 erheblich gestiegen sind, könnten sich die Finanzierungskosten bis 2026 mehr als verdoppeln.

Die Kommission beschränke ihre Aufsicht über die Mittelverwendung unverändert auf die Frage, ob die Gelder überhaupt abfließen, rügen die Prüfer. Die Effizienz der Ausgaben und damit ein Kosten-Nutzen-Verhältnis der Programme ließen sich so nicht ermitteln.

Quelle: FAZ, 7.5.25 „Rechnungshof rügt den Corona-Fonds scharf“

Schulden für Aufrüstung

Von den 27 EU-Mitgliedstaaten wollen 16 die nationale Ausweichklausel im Stabilitäts- und Wachstumspakt nutzen, um ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, ohne gegen die Verschuldungsregeln zu verstoßen. Die EU-Kommission präzisierte, daß 12 Staaten einen Antrag eingereicht hätten, unter ihnen Deutschland. Sie können 4 Jahre lang zusätzliche Investitionen in die Verteidigung in Höhe von 1,5% ihrer Wirtschaftskraft von den Verschuldungsregeln ausnehmen. Nicht zu diesem Schritt bereit sind bisher hoch verschuldete Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien. Deren Regierungen fürchten, daß sie vom Markt bestraft werden, wenn sie nun ein weiteres Signal für massive Verschuldung setzen.

Quelle: FAZ, 2.5.25 „Mehr Schulden für Aufrüstung“

mehr globale Klimafinanzierung

Die Industrieländer sollten jetzt die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer hochfahren. Die nachgewiesene CO₂-Minderung im globalen Süden sollte mit massiven staatlichen Zuschüssen belohnt werden – was für die Geberländer aufgrund vermiedener Klimaschäden hochprofitabel wäre. Basierend auf einer konservativen Schätzung der vermiedenen Klimaschäden betrage die jährliche Rendite 9%.

Der Artikel in Nature verweist auf die unzureichenden Ergebnisse des letzten Weltklimagipfels in Aserbaidschan und beziffert den erforderlichen Betrag für die Klimafinanzierung auf 500 Milliarden Dollar jährlich zwischen 2025 und 2035. So viel benötigen Entwicklungsländer, um ihre CO₂-Emissionen im Einklang mit dem 1,5-Grad-Limit zu reduzieren.

Das Überschreiten der 1,5-Grad-Grenze erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß planetarische Kippunkte überschritten werden, einschließlich des Zusammenbruchs von Eisschilden, Meeresströmungen, Korallenriffen und Permafrost, warnt das Forschungsteam.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/edenhofer-und-rockstroem-skizzieren-in-nature-den-weg-zu-mehr-globaler-klimafinanzierung> 24.3.25

Klimageld

Hinter dem Klimageld steckt die Idee, steigende CO₂-Preise beim Tanken und Heizen mit fossilen Brennstoffen durch pauschale Zahlungen an die Bürger auszugleichen und so die Akzeptanz des CO₂-Marktsystems zu gewährleisten.

Die Einführung eines Klimagelds wurde vor dem Koalitionsbruch der letzten Bundesregierung auf diese Wahlperiode verschoben. Die CO₂-Einnahmen wurden gebraucht, um den Klima- und Transformationsfonds gegenzufinanzieren, mit dem Subventionen für die Bezuschussung von erneuerbarer Stromerzeugung und Wärmewende gefördert werden.

CDU und CSU wollen einen Klimabonus schaffen. Sie wollen mit den CO₂-Einnahmen zuerst die Stromsteuer und Netzentgelte reduzieren.

In Kanada fordert die in Umfragen führende konservativen Opposition die CO₂-Bepreisung abzuschaffen, an der das Klimageld hängt.

In Österreich wird der sogenannte Klimabonus seit 2022 als Kompensation für die CO₂-Steuer ausgezahlt. Der Betrag setzt sich aus einem Sockelbetrag und einem Regionalausgleich zusammen. Prinzipiell gilt: Je schlechter die Verkehrsanbindung und Infrastruktur in einem Ort sind, desto höher ist der Regionalausgleich. Der Klimabonus gilt als eines der Leuchtturmprojekte der scheidenden Koalition aus konservativer ÖVP und Grünen. Im September wählte Österreich ein neues Parlament. Die Rechtsaußenpartei FPÖ, die im Wahlkampf für eine Abschaffung der "CO₂-Strafsteuer" warb, wurde stärkste Kraft und verhandelt inzwischen mit der ÖVP über die Bildung einer neuen Bundesregierung.

Im August plädierte der in Finanzfragen einflussreiche Fiskalrat-Präsident Christoph Badelt in der ORF-Nachrichtensendung "Zib 2" dafür, den Klimabonus "für ein paar Jahre" auszusetzen. "Ich glaube, das würde der Bevölkerung nicht auffallen", sagte er.

Quelle: <https://www.zfk.de/politik/international/klimageld-wahlkampfschlager-kanada-oesterreich-unter-druck> 17.1.25

Die Fraktionsspitzen von Union, SPD und Grünen sind sich einig: 100 Milliarden Euro aus dem geplanten neuen Schuldentopf für die Infrastruktur und den Klimaschutz sollen in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) fließen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Andreas Jung sagte: „Unser Klimageld ist der Klimabonus: Die absehbar 15 Milliarden Euro CO₂-Einnahmen aus Wärme und Verkehr in diesem Jahr fließen über die Senkung der Strompreise und der Netzentgelte an Bürger und Betriebe zurück". Er leitet für die Union die Arbeitsgruppe „Klima und Energie" in den Koalitionssondierungen mit den Sozialdemokraten. Wie zu hören ist, hat auch die SPD das Klimageld nicht in die Verhandlungen eingebracht.

Nach dem Willen der Sondierer soll der Strompreis um 5 Cent je Kilowattstunde sinken. Robert Habeck (Grüne) hatte die Forderungen nach einem Klimageld 2023 mit der Begründung zurückgewiesen, daß der Staat die Stromkunden schon von der EEG-Umlage auf den Strompreis entlastet habe. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte sich in seinem jüngsten Jahresgutachten noch für das Klimageld ausgesprochen.

Claudia Kempfert vom DIW: „Die Auszahlung eines Klimagelds schafft soziale Gerechtigkeit und erhöht die Akzeptanz und sollte unbedingt umgesetzt werden“. Hingegen wäre die von Jung vorgeschlagene Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte mit 10 Milliarden Euro im Jahr „enorm teuer und ineffizient“. Zudem konterkariere der Plan zum Bau neuer Gaskraftwerke die Kostendämpfung, denn die neuen Projekte erhöhten die Strompreise. „Eine Strompreissenkung per Gießkanne schafft Fehlanreize, besser wären zielgerichtete Tarife für Wärmepumpen oder Elektromobilität“, so Kempfert.

Der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest: „Das Klimageld ist aus ökonomischer Sicht kein sinnvolles Instrument zur Rückerstattung der Einnahmen aus dem CO₂-Preis.“ Für den sozialen Ausgleich sei es zu ungenau, da jeder den gleichen Betrag erhalte. Demgegenüber sei die Belastung durch die CO₂-Preise sehr unterschiedlich, etwa je nach Einkommen oder je nach Wohnort in der Stadt oder auf dem Land. „Verzerrende Steuern zu senken, ist effizienter, als einen Pauschaltransfer an alle Bürger zu zahlen.“ Als neues Transferinstrument schaffe das Klimageld zusätzliche Bürokratie, urteilt Fuest.

Unionsunterhändler Jung: "Unser Ansatz stärkt den Klimaschutz, weil sinkende Strompreise Anreize geben für elektrifizierte Technologien, die schrittweise CO₂-frei werden." Damit meint Jung zum Beispiel mit Ökostrom betriebene Elektrofahrzeuge oder Wärmepumpen.

Allerdings entfernt sich die Union nun ohne Not weiter vom Idealzustand. Statt den CO₂-Preis wirken zu lassen und Klimageld auszuzahlen, will sie unter anderem die Stromsteuer senken. Was für Betriebe im Standortwettbewerb vertretbar ist, setzt für Privatleute den Anreiz, mehr Strom und CO₂ zu verbrauchen. Das macht Klimaschutz teuer und ineffizient.

Richtig ist, daß das Klimageld nicht durch die Hintertür zu einem Umverteilungsinstrument gemacht werden darf. Dafür gibt es das Steuer- und Sozialsystem. Doch anstatt der SPD das auszureden und einen klaren Kurs zu verfolgen, verläuft sich die CDU im klimapolitischen Irrgarten.

Der KTF, um den es in der Debatte geht, ist eines von rund zwei Dutzend bestehenden sogenannten Sondervermögen. aus denen der Staat neben dem regulären Haushalt Geld verteilt. Geschaffen wurde er 2010, damals noch unter dem Namen Energie- und Klimafonds. In den KTF fließen die Einnahmen aus dem deutschen CO₂-Preis, der an der Tankstelle und über die Heizkostenrechnung erhoben wird, sowie der deutsche Anteil der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel ETS. Zudem wurden in den Merkel-Jahren auch Mittel aus dem regulären Haushalt in den Fonds verschoben.

Ende 2024 warnte der Bundesrechnungshof, die Rücklagen des KTF seien nahezu aufgebraucht, die Finanzierung nicht mehr gesichert. Laut Finanzministerium betrug die Rücklage damals nur noch rund 6 Milliarden Euro. Die größten Ausgabeposten des KTF waren zuletzt die Förderung der erneuerbaren Energien, die früher die Verbraucher als EEG-Umlage über die Stromrechnung zahlen mußten, sowie die Zuschüsse zur energetischen Sanierung von Häusern. Nach Angaben des Finanzministeriums gab der KTF 2024 insgesamt 41,6 Milliarden Euro aus, gut 21 Milliarden Euro mehr als im Jahr zuvor.

Grund für die Verdopplung der Ausgaben war der Anstieg der Erneuerbare-Energien-Förderung - wo die früher gewährten hohen Garantievergütungen Mehrausgaben von 18,5 Milliarden Euro verursachten - sowie die um 3,1 Milliarden Euro teurere Gebäudeförderung. 2025 wollte die Ampelkoalition die Erneuerbaren-Förderung wieder aus dem regulären Haushalt bezahlen, um im KTF Spielraum für andere Ausgaben zu schaffen.

Ebenso wie im regulären Haushalt klaffte auch im Entwurf für den Wirtschaftsplan des KTF für 2025 eine Milliardenlücke.

Größter Einzelposten war die Gebäudesanierung mit 14,3 Milliarden Euro. In den Bau von Chipfabriken sollten knapp 5 Milliarden Euro an Zuschüssen fließen. Ebenfalls aus dem KTF finanziert werden etwa die Zuschüsse zu den Stromkosten energieintensiver Unternehmen, Zuschüsse für die Dekarbonisierung der Industrie, für den Aufbau der Ladeinfrastruktur sowie für die Transformation der Wärmenetze. Die zu erwartenden Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis taxierte die Regierung für 2025 auf 15,4 Milliarden Euro, die aus dem europäischen Emissionshandel auf 6,7 Milliarden Euro. Quelle: FAZ, 18.3.25 „Absage an das Klimageld“

Trumps Zollpolitik

Die US-Zölle treiben in den USA die Inflation nach oben, weil sie Importgüter für Weiterverarbeiter wie private Haushalte verteuern. Und dieser Effekt trifft ärmere Amerikaner stärker als die reichen. Wenn für die aus Europa importierten Güter nicht einfach heimischer Ersatz gefunden werden kann, dann kaufen die amerikanischen Kunden sie notgedrungen weiterhin, auch wenn sie wegen der Zölle teurer geworden sind. Wenn die US-Inflation durch Trumps Zölle steigt, wird die amerikanische Notenbank gegensteuern und am Ende sogar die Zinsen erhöhen. Noch ist sie ja unabhängig. Das wiederum wird dazu führen, daß Kapital von Europa in die USA abfließt, der Dollar wertet dann gegenüber dem Euro auf - mit der Folge, daß europäische Importgüter in den USA billiger werden.

Die EU-Kommission kann exakt diejenigen mit Vergeltungszöllen belegen, die aus republikanisch regierten Bundesstaaten kommen. Schon 2017 während der ersten Amtszeit von Trump hat die EU zum Beispiel Whiskey aus Kentucky ins Visier genommen. Der ist ja nun eher ein Nischenprodukt, aber er kommt aus einem republikanischen Bundesstaat. Am Ende verzichtete Trump damals auf angedrohte Zölle auf Autos aus Europa.

Wir werden aber bei der Blitzoffensive zum Ausbau unserer Rüstungsindustrie sehr schnell an Grenzen stoßen werden, weil uns noch eine Strategie, Personal und das Know-how fehlen. Es reicht nicht aus, einfach nur den Verteidigungsetat im Bundeshaushalt aufzublähen.

Quelle: FAS, 9.3.25 "Nadelstiche tun auch Trump weh" Interview mit Ökonom Rolf Langhammer Institut für Weltwirtschaft in Kiel

Armutszuwanderung

Es gibt eine gezielte Armutszuwanderung in Städte wie Duisburg aus Südosteuropa, aus Rumänien und Bulgarien. Diese Zuwanderer leben oft unter menschenunwürdigen Bedingungen und kassieren Sozialleistungen in vierstelliger Höhe. Es handelt sich dabei um organisierte Zuwanderung, es werden Sozialleistungsbezieher vor allem aus Rumänien und Bulgarien regelrecht zugeführt. Die kommen mit fehlerfrei ausgefüllten Formularen, obwohl sie kein Wort Deutsch können.

Mittlerweile leben 27.000 Rumänen und Bulgaren, darunter zigtausende Kinder, in Duisburg. Sie sind Teil eines organisierten Sozialleistungsmissbrauchs.

Im Moment ist es so: Wer für 175 Euro im Monat in Deutschland arbeitet, der kann den Rest seines Bedarfs legal über Sozialleistungen – etwa Kindergeld – aufstocken. Das bedeutet: Wenn bei einer vierköpfigen Familie der Vater für 175 Euro im Monat in einem Minijob arbeitet, kann die Familie fast 2100 Euro an Sozialleistungen bekommen. Das sichtbarste Problem ist der Müll, der aus dem Fenster fliegt, statt in der Mülltonne zu landen. Die Exkremamente, die in Hausfluren hinterlassen werden, statt in der Toilette.

Es gibt Stromanschlüsse, da wurde mit Gabeln überbrückt und daneben schliefen Menschen. Oder in einer anderen Wohnung, in der bereits der Strom abgeklemmt war, lief ein Notstromaggregat mit Diesel. Dort lebten auch sechs Kinder. Das sind Lebensumstände und Verhaltensweisen, die gefährden nicht nur die Bewohner der jeweiligen Wohnung, sondern das ganze Haus, die ganze Nachbarschaft. Wenn es dort zu Bränden kommt, wenn Ungeziefer sich ausbreiten kann.

Sie sprechen kein Deutsch, sie haben keinen Schulabschluss oder irgendwelche anderen Qualifikationen, mit denen sie in der Lage wären, ausreichend Geld auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verdienen, um sich selbst und ihre Familie zu versorgen. Sie sind also hier, um Sozialleistungen zu beziehen. Da gibt es Hintermänner, die profitieren. Die organisieren Transport, Unterbringung und wohl auch den Minijob.

Wir als Stadt treffen immer wieder auf dieselben Vermieter, die Wohnungen zur Verfügung stellen. Oder Menschen, die als Arbeitgeber auftreten und mehrere Dutzend Kleinstarbeitsverhältnisse mit Rumänen und Bulgaren abschließen. Diese Leute machen den Sozialleistungsmissbrauch erst möglich, das ist ein ausgeklügeltes System.

Quelle: Oberbürgermeister Sören Link (SPD) aus Duisburg im Interview, NOZ, 20.12.24

https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/duisburg-buergermeister-redet-schonungslos-ueber-migrationsproblem-48116345?utm_source=evalanche&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_Durchblick_OS&utm_content=30322441

Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg

Ein 50-jähriger Flüchtling Taleb al-Abdulmohsen aus Saudi-Arabien fuhr mit einem PKW am 20.12.24 über einen Rettungsweg auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt und dort 400m in die Menschenmenge hinein, tötete dabei 5 Besucher und verletzte 41 Personen schwer. Insgesamt gab es 205 Opfer.

Der Täter kam als Student 2006 nach Deutschland und behauptete, an der Universitätsklinik Hamburg eine Facharztausbildung absolviert zu haben. Dort war er von November 2007 bis Februar 2008 im Rahmen einer einjährigen Hospitanz unentgeltlich gewesen. Er hat vor dem Anschlag ab 2020 als „Facharzt“ im Gefängnis bei Magdeburg mit suchtkranken Straftätern gearbeitet.

Der Täter ist eine generell sehr aggressive Person. Bereits 2013 drohte er gegenüber der Ärztekammer mit einem Amoklauf und drohte auch den Richtern, die ihn dafür verurteilten. 2014 kam es zu einer ähnlichen Drohung, als er sich mit Behörden über soziale Unterstützung stritt. Im Jahr vor dem Anschlag gab mehrfach eine Gefährderansprache von der Polizei. Es hatten sich mehrfach Menschen wegen Gewaltdrohungen von ihm gemeldet.

Er hatte sich vom Islam losgesagt und den Islam scharf kritisiert. Er hatte einen Größenwahn entwickelt und radikalisierte sich immer weiter. Auf seinem X-Account behauptete er, von deutschen Behörden verfolgt zu werden. Er verbreitete Verschwörungstheorien und teilte Posts der AfD gegen eine drohende Islamisierung Deutschlands. Er hatte auch Konflikte mit dem Zentralrat der Ex-Muslime.

Um vom Versagen der Behörden bei der Bearbeitung der Konfliktgeschichte und des Asylverfahrens abzulenken, wurde nach dem Anschlag erstmal sofort wieder die Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland gefordert.

Quellen: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/magdeburg-anschlag-weihnachtsmarkt-100.html> 21.12.24 und 22.12.24

DIE WELT, Wikipaedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Taleb_al-Abdulmohsen

Messerangriff in Aschaffenburg

Am 22.1.25 hat ein Messerangreifer in Aschaffenburg zwei Menschen getötet. Drei weitere Opfer wurden mit schweren Verletzungen im Krankenhaus behandelt.

Mitten im Innenstadtpark Schöntal sticht ein Mann mit einem Messer auf mehrere Menschen ein. Der Täter griff "unvermittelt und gezielt" eine Kindergartengruppe an. Ein zweijähriger Junge marokkanischer Abstammung ist tot. Auch einem 41 Jahre alten Mann starb. Der Passant war dazwischengegangen und bezahlte die Zivilcourage mit seinem Leben. Der Angreifer verletzte ein zweijähriges Mädchen, das aus Syrien stammt, schwer. Der Messerangreifer wohnte in einer Asylunterkunft in der Gegend und war nach Angaben des Innenministers in psychiatrischer Behandlung. Der 28-jährige Afghane sei in der Vergangenheit mindestens dreimal wegen Gewalttaten aufgefallen, jeweils in psychiatrische Behandlung gekommen und wieder entlassen worden. Im Dezember wurde seine Betreuung angeordnet.

Der Verdächtige war wegen eines von ihm selbst abgebrochenen Asylverfahrens ausreisepflichtig. Laut derzeitiger Erkenntnis war der Afghane Ende 2022 über Bulgarien nach Deutschland eingereist.

Quelle: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/toedlicher-messerangriff-in-aschaffenburg-was-wir-bisher-wissen,UacXLCm> 23.1.25